

**Roland Atzmüller/Vanessa Redak**

**Analyse des Strategieplans der  
Wiener Stadtregierung:  
"Strategieplan für Wien – Qualität verpflichtet  
Innovationen für Wien"**

**Korrigierte Fassung**

**Studie im Auftrag der Grünen Bildungswerkstatt Wien,  
Wien 2000**

## Inhaltsverzeichnis

- <b>Zusammengefasste Thesen der Studie.....</b>	<b>3</b>
- <b>Einleitung.....</b>	<b>6</b>
- <b>Entstehung des Strategieplans.....</b>	<b>7</b>
3.1 Ziele Des Strategieplans.....	8
3.2 Struktur des Strategieplanes.....	9
- <b>Die Diskursstrategie des Strategieplans.....</b>	<b>11</b>
o Ad reflexive Ebene.....	12
o Ad AkteurInnen.....	13
- <b>Konfliktbearbeitung im Strategieplan.....</b>	<b>15</b>
o Konfliktbearbeitung am Beispiel Wissen, Bildung und Kultur.....	15
o Konfliktbearbeitung am Beispiel Integration.....	16
o Macht- und Herrschaftsverhältnisse.....	17
- <b>Zentrale Begriffe im Strategieplan: Innovation, Wissen, Wettbewerb.....</b>	<b>19</b>
o Innovationsbegriff und Wissensgesellschaft.....	19
o Entrepreneurial Cities.....	21
o Entrepreneurialism und Innovation.....	23
- <b>Anhang I: Herangehensweise dieser Studie: Wie liest man den Strategieplan?</b>	
<b>Oder: Wie liest man diese Studie?.....</b>	<b>25</b>
7.1. Überlegungen zu einer <i>ideologiekritischen</i> Herangehensweise.....	25
7.2. Die <i>diskurstheoretische</i> Analysestrategie.....	26
- <b>Anhang II: Innovation und Wissen im gegenwärtigen Transformationsprozeß der Gesellschaft.....</b>	<b>28</b>
o Elemente der ökonomischen Transformationsprozesse.....	28
o Innovation und lange Wellen.....	29
o Ökonomische Verhältnisse und Innovation.....	29
o Eine Definition von Innovation.....	29
o Innovation und Entscheidung.....	30
o Innovation, Lernen und Wissen.....	31
o Radikale und inkrementelle Innovationen.....	32
o Die soziale und institutionelle Einbettung eines technologischen Paradigmas.....	33
o Innovation und Arbeit: die innovationsfähige Wissensgesellschaft.....	34
o Tacit skills – die umfassende Mobilisierung des Wissens.....	35
o Widersprüche der Wissensgesellschaft.....	35
<b>9. Literatur.....</b>	<b>37</b>

# **1            Zusammengefasste Thesen zum Strategieplan**

## **Der Strategieplan beteiligt die Öffentlichkeit selektiv**

Erstellung:

Die Beteiligten der Erstellung des Strategieplans machen selbst kein Hehl daraus, dass der Strategieplan unter Hinzuziehung einer "qualifizierten" Öffentlichkeit erarbeitet wurde. Der Strategieplan wurde in sogenannten Stadtdialogen und Stadtforen einer Teilöffentlichkeit vorgestellt. Obwohl unter den ExpertInnen kritische Personen zu finden sind, wurde keineswegs die breite Öffentlichkeit in die Diskussion miteinbezogen.

Inhalt:

Im Strategieplan wird sehr oft die Mitwirkung der Öffentlichkeit an der stadtpolitischen Zukunft angesprochen. Doch auch hier richtet sich dieser Appell an die aktiven und engagierten BürgerInnen bzw. an ExpertInnen aus Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur. Es wird weder die Frage gestellt, warum manche BürgerInnen aktiver sein können als andere, noch werden Prozesse und Mechanismen erwähnt, wie die Einbeziehung der Öffentlichkeit vonstatten gehen soll.

## **Im Strategieplan werden Konflikte ausgespart**

Der Strategieplan "schummelt" sich um potentielle Konflikte herum, indem er sie schönredet. Konfliktfelder wie "Arbeit-Wirtschaft", "Natur-Wirtschaft", "Integration", Städtekonkurrenz (wirtschaftliche Konkurrenz zwischen Wien, Bratislava, Budapest, ...) werden nicht analytisch zum Beispiel im Sinne von Defizit-Analysen, Bestandsaufnahmen, u.ä. aufgearbeitet. Es werden eher harmonische Bilder gezeichnet, die zwar politisch wünschenswert wären, aber der gesellschaftlichen Realität nicht entsprechen. Aktuelle Probleme der Stadt wie städtische Armut, Obdachlosigkeit, Verkehrsbelastung, u.ä. werden, wenn überhaupt, nur ansatzweise behandelt.

## **Im Strategieplan stehen Arbeit und Wirtschaft in einem Kapitel**

Der Beschluß der FPÖ-ÖVP-Regierung, die Ressorts Arbeit und Wirtschaft in einem Ministerium zu integrieren, hat weiten Protest, nicht zuletzt der SPÖ, ausgelöst. Umso erstaunlicher ist es, dass im Strategieplan die Themenbereiche Arbeit und Wirtschaft ebenfalls in einem Kapitel abgehandelt werden. Unter dem Titel "Wien schafft neue Perspektiven für Wirtschaft und Arbeit" werden zuerst Prämissen für den Wirtschaftsstandort Wien und die Wiener Wirtschaft erörtert, bevor das Thema Arbeit angesprochen wird. Gravierende Probleme des Wiener Arbeitsmarktes (z.B.: prekäre Beschäftigungsverhältnisse, ...) werden marginal bis überhaupt nicht angesprochen.

## **Der Strategieplan sieht die Stadt als Unternehmen und die BürgerInnen als Kunden**

Im Kapitel über die Verwaltungsmodernisierung wird die Stadt Wien als Dienstleistungskonzern bezeichnet. Wie ein Unternehmen müsse auch die Wiener Verwaltung effizient und kunden-orientiert strukturiert sein. Die Verwaltungsmodernisierung erfolgt entlang betriebswirtschaftlicher, nicht jedoch partizipatorischer oder demokratiepolitischer Kriterien.

Die insbesondere von der ÖVP verfolgte Strategie Wien, zu managen anstatt zu regieren bzw. der Übergang von Stadtpolitik zu Stadtmanagement, übersieht, dass Städte keine Unternehmen sind, und die BürgerInnen nicht nur Kunden, sondern politische Subjekte, die nicht nur individuelle, sondern auch gesellschaftliche und kollektive Interessen haben (kollektive Interessensvertretung).

## **Wissen, Bildung und Kultur werden wirtschaftlicher Verwertbarkeit untergeordnet**

Durch den ganzen Strategieplan zieht sich der Gedanke der Wettbewerbsfähigkeit der Stadt. Nahezu alle Bereiche des Lebens werden diesem Gedanken untergeordnet. So auch Wissen, Bildung und Kultur, die als "zentrale gesellschaftliche Ressource" bezeichnet werden und für die Standortattraktivität und die Wirtschaftsentwicklung Wiens zentrale Elemente darstellen. Damit werden diese Bereiche funktionalisiert und wirtschaftlichen Interessen untergeordnet. Die Aneignung von Wissen, kulturelle Tätigkeiten u.ä. werden daher nicht als eigenständige gesellschaftliche Bereiche betrachtet, die jenseits ihrer Verwertbarkeit einen Eigenwert und Eigennutzen für die Gesellschaft haben.

## **MigrantInnen werden ebenfalls als wirtschaftliche Ressource angesehen.**

Im Strategieplan bekennt sich Wien zu einer integrativen Politik. Dieses grundsätzlich positiv einzuschätzende Bekenntnis wird jedoch relativiert durch die Funktion ("Funktionalisierung"), die MigrantInnen im Strategieplan zuteil wird. Wie schon in den Bereichen "Wissen, Bildung und Kultur" werden MigrantInnen als der Wirtschaftsentwicklung förderlich sowie als "InnovationsträgerInnen" angesehen. Das Bild von MigrantInnen als "Fremde" und "Andere" wird im Strategieplan kontinuierlich genährt.

## **Natur/Naturraum werden als Standortfaktor betrachtet.**

Bereits im Einleitungsabsatz zum Thema Naturraum heißt es: "Im internationalen Wettbewerb gewinnt die naturräumliche Ausstattung einer Stadt immer größere Bedeutung – vor allem bei Standortentscheidungen von Betrieben und Unternehmen". Der Strategieplan spricht sich für eine Gleichwertigkeit ökologischer, sozialer und ökonomischer Interessen aus. Das ist insofern positiv, als die Wirtschaftspolitik in Wien aufgerufen wird, soziale und ökologische Qualität mitzuberücksichtigen. Umgekehrt heißt das aber auch, dass die Umweltpolitik Wiens die Entwicklung des Wirtschaftsstandortes Wien zu berücksichtigen hat. Dieses Verhältnis führt zu Konflikten, die aber wiederum im Strategieplan nicht angesprochen werden.

### **Die Leitideen im Strategieplan sind nicht innovativ, sondern imitativ.**

In den letzten Jahren wurden im Zuge der Standortkonkurrenz und des Städtewettbewerbs in vielen Städten Europas Konzepte entwickelt, um den Standortvorteil der jeweiligen Stadt hervorzuheben. Diese Entwicklung von Strategiefeldern und strategischen Projekten findet nun auch im Strategieplan seinen Niederschlag. Auffallend ist, dass in den meisten europäischen Stadtentwicklungsprozessen den Bereichen Innovation, Wissensgenerierung und Technologie ein hoher Stellenwert zukommt. Sowohl die Vorgehensweise (Entwicklung von strategischen Potentialen) wie auch die inhaltliche Positionierung (Wissensstandort) sind daher nicht innovativ, sondern imitativ. Diese Entwicklung führt in Europa zusehends zu stadtpolitischem "Isomorphismus". Für eine abweichende Stadtentwicklung, für die Wien im Laufe der Jahrzehnte weltweit bekannt und geachtet wurde ("Rotes Wien" etc.), bleibt zunehmend weniger Spielraum.

### **Der Strategieplan kritisiert den Staat als "ineffizient", nicht aber dessen Demokratiedefizite**

Neoliberale Staatskritik fußt auf folgenden Eckpfeilern: Kritik am bürokratischen Staatsapparat, Kritik am Interventionismus des Staates, Ineffizienz staatlicher Handlungen, aber auch: knappe Budgets. Diese neoliberale Kritik ist nicht gänzlich im Strategieplan wiederzufinden, Elemente von ihr kommen jedoch – teilweise gebrochen - vor: so etwa die Kritik am zu langsamen Staat, dem ein aktives Prozess- und Projektmanagement gegenübergestellt wird. Ebenso wird der Staat in zahlreichen Passagen nicht in seiner Funktion als "Interessenausgleicher" gesehen, die eigentlich politischen Aufgaben am nächsten kommt, sondern als ressourcenmanagende Institution. Das ist eine Verkürzung staatlicher Aufgaben. Progressive Staatskritik kommt hingegen nicht vor.

## 2. Einleitung

Im September 2000 wurde der sogenannte "Strategieplan für Wien – Qualität verpflichtet Innovationen für Wien"<sup>1</sup> in gedruckter Form von der Wiener Stadtregierung publiziert. Der Veröffentlichung voraus ging ein mehrmonatiger Erstellungs- und Diskussionsprozess, während dessen der Strategieplan im Internet unter der Seite: <http://www.wien.gv.at/ma53/rkspez/1999/25/index.htm> abrufbar war. Der Strategieplan wird als offenes Papier bezeichnet, das heißt die derzeitige Fassung soll einem weiteren Diskussionsprozess unterlaufen. **Im Herbst/Winter dieses Jahres soll der Strategieplan im Wiener Gemeinderat diskutiert werden.**

Der Strategieplan von Wien ist kein Unikat. Eine Reihe anderer Städte wie etwa Berlin, London, Barcelona u.ä. haben in den letzten Jahren solche Dokumente verfasst. So unterschiedlich die jeweils konkreten Inhalte und Erstellungsprozesse sind, ist ihnen allen gemeinsam, ein stadtentwicklungspolitisches Leitbild der jeweiligen Metropole zu entwerfen. Strategiepläne sind keine Innovation, ähnliche Entwürfe hat es auch in Wien in der Vergangenheit häufig gegeben. Der Strategieplan von Wien ist zudem auch nicht verbindlich, er ist kein Regierungsprogramm im eigentlichen Sinne. Dennoch verpflichtet sich die rot-schwarze Regierung in Wien bis zu einem gewissen Grad, einen bestimmten Entwicklungspfad für Wien zu beschreiten. Der vorliegende Strategieplan für Wien ist zudem die erste umfassende Dokumentation der stadtpolitischen Prämissen der "neuen", also einer rot-schwarzen Stadtregierung. In gewisser Weise kann er als *ideologisches Substrat* dieser Regierungskoalition gelesen werden. Nach jahrzehntelanger ideologischer Hegemonie der Sozialdemokratie in Wien stellt sich daher die Frage, inwieweit der Eintritt der ÖVP in die Wiener Stadtregierung das Regierungdenken und politische Handeln in Wien verändert hat. Dieser Frage wollen wir in der vorliegenden Studie nachgehen und sie um die Frage erweitern, wie die Stadtregierung auf die veränderten gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Faktoren reagiert.

Es gibt viele Arten, ein Papier wie den Strategieplan zu interpretieren. In dieser Studie haben wir vor allem einen politikwissenschaftlichen Zugang, insbesondere einen diskursanalytischen, gewählt. Der erste Teil der Studie beschäftigt sich daher mit der Frage: "Wie kann ein Strategieplan gelesen werden" und ist gleichzeitig ein Hinweis, wie diese Studie gelesen werden kann. In einem zweiten Schritt versuchen wir die Diskursstrategie des Strategieplans herauszuarbeiten, also Fragen nachzugehen: "Wie vermitteln die AutorInnen des Planes ihre Inhalte, welcher Sprache bedienen sie sich, welche Inhalte werden angeschnitten, welche Themenbereiche ausgespart". All diese Fragen sollen deutlich machen, welche *Strategien* der Strategieplan verfolgt.

Durch den ganzen Strategieplan hindurch zieht sich eine Häufung bestimmter "buzz words", also von Schlüsselwörtern, die wie eine Metasprache über dem Text liegen. Drei dieser Begriffe, nämlich "Innovation", "Wissen" und "Wettbewerb", greifen wir im letzten Teil der Studie heraus, um diese Konzepte in eine breitere gesellschaftspolitische Analyse einzubetten, also vom Strategieplan selbst zu abstrahieren und zu fragen, warum diese Begriffe unter den heutigen politischen und ökonomischen Bedingungen so relevant wurden.

---

<sup>1</sup> Der Strategieplan besteht aus zwei Teilen. Teil 1, der die Leitideen wiedergibt, wird im folgenden als "Strategieplan WB 32 2000", Teil 2, in dem die strategischen Projekte aufgelistet werden als "Strategieplan WB 32a 2000" zitiert. WB ist die Abkürzung für *Werkstattberichte*, in deren Reihe die Publikation erfolgte.

### 3 Entstehung des Strategieplans

Initiiert wurde der Strategieplan insbesondere vom Planungs- und Zukunftsstadtrat der Stadt Wien, Vizebürgermeister Dr. Bernhard Görg, in Absprache mit Bürgermeister Dr. Michael Häupl. Zwar waren Mitte der 90er Jahre mehrere raumplanerische Konzepte bzw. Entwürfe, wie etwa der Stadtentwicklungsplan STEP 2 1994, das Wiener Verkehrskonzept 1994, das Grünraumkonzept 1995, etc. verfasst worden. Diese sollten die Entwicklung der Stadt Wien entlang verschiedener Achsen bzw. Problemlagen festlegen (vgl. Hamedinger 1999). Diese Konzepte erschienen den InitiatorInnen jedoch in gewisser Weise als zu wenig strategisch, zu wenig 'signalgebend' und im internationalen Maßstab wohl auch nicht auf dem letzten Stand konzeptiver Selbstdarstellung. So waren die InitiatorInnen v.a. inspiriert von vergleichbaren Plänen anderer europäischer Städte, wie etwa Barcelona, auf das in Interviews mehrmals verwiesen wurde, oder auch Berlin. Obwohl von Anfang an klar war, dass eine einfache Übertragung des Planungsprozesses auf die Wiener Situation nicht möglich war, sollte die Auseinandersetzung mit diesen internationalen Impulsen zur Entwicklung eines 'Wiener Modells' (vgl. Europaforum Wien 2000: 20) konzeptiver Arbeit beitragen. Unter 'Wiener Modell' wird dabei anscheinend die überwiegende Nutzung magistratsinterner Ressourcen in der Planungsarbeit verstanden.

Ein erstes Konzept eines möglichen Strategieplans für Wien, welches einerseits die inhaltlichen Fragen und Problemstellungen, welche den Diskussionsprozess leiten sollten, skizzierte, und andererseits sich aber auch auf die methodischen Aspekte der Ausarbeitung und Umsetzung des Planungsprozesses konzentrierte, wurde von der *Zukunfts.Station Wien* erstellt.

Im Unterschied etwa zum Berliner Plan, welcher mehr oder weniger zur Gänze von Verwaltungs- und politikexternen WissenschaftlerInnen verfasst wurde, wurde in Wien eine andere Konzeption anvisiert. Von Anfang an sollten für die konzeptive Arbeit das Potenzial des magistratsinternen Fachwissens genutzt und weiters sogenannte 'relevante AkteurInnen' eingebunden werden. D.h. die Ausarbeitung der Konzepte sollte durch ExpertInnen der jeweiligen Magistratsabteilungen, Geschäftsgruppen und Büros der Stadträte, durch beigezogene Personen aus stadtnahen Institutionen und Fonds (WAFF, WIF, WWFF...), Sozialpartnerinstitutionen (Arbeiterkammer...) und externen WissenschaftlerInnen, die Erfahrung in der Kooperation mit dem Magistrat haben, erfolgen.<sup>2</sup>

Die inhaltliche Steuerung übernahm eine Lenkungsgruppe, welche von VertreterInnen der jeweiligen Geschäftsgruppen und relevanten Magistratsabteilungen beschickt wurde. Bei Bedarf wurden die jeweiligen SprecherInnen der Arbeitsgruppen hinzugezogen. Die eigentliche konzeptive Arbeit erfolgte in acht Arbeitsgruppen. Diese arbeiteten zu den Themen Clusterbildung und Flächenmanagement; Arbeitsmarkt und Dienste; Wissenstransfer, Weiterbildung, Schule; Naturbasis; Kultur, Erlebnis, Stadtraum; Stadterneuerung, Wohnen und Integration; Gesunde Stadt, Mobilität, Ressourcen; Region Wien, Wirtschaftsstandort, Städtenetzwerk Europa. Die Arbeitsgruppen wurden themenübergreifend aus den verschiedenen Magistratsabteilungen und Geschäftsgruppen beschickt, außerdem wurden die erwähnten magistratsexternen ExpertInnen aus stadtnahen Institutionen und WissenschaftlerInnen beigezogen. Hervorzuheben ist die Querschnittsorientierung in der Zusammensetzung der Arbeitsgruppen.

Ziel dieser Struktur war es, konzeptive, strategische, 'signalgebende' Entwürfe mit realistischen Projekten zu verbinden und etwaige Möglichkeiten der Umsetzung im Auge zu behalten. Das bedeutet nicht, dass alle Projekte notwendigerweise für den Strategieplan

---

<sup>2</sup> Eine Auflistung der am Ausarbeitungsprozess beteiligten Personen findet sich in der Druckversion des Wiener Strategieplans auf den Seiten 55-59 (vgl. Strategieplan/WB 32 2000).

entworfen wurden. Vielmehr wurden auch bereits existierende Projekte in die jeweiligen Strategiefelder aufgenommen<sup>3</sup>. Insbesondere in diesen als strategisch gekennzeichneten Projekten sehen manche der am Prozess Beteiligten die eigentlichen 'signalgebenden Leuchttfeuer' des Wiener Strategieplans.

Die Querschnittsorientierung in der Zusammensetzung der Arbeitsgruppen muss als Teil der Methodik des Planungsprozesses gesehen werden. Sie erschien nicht nur aus Gründen einer umfassenden Bearbeitung verschiedener Themenbereiche notwendig, sondern auch um die Kooperation zwischen den Magistratsabteilungen und Geschäftsgruppen zu vertiefen und diese auf eine 'gemeinsame Kraftanstrengung' in der Bearbeitung der Frage, wohin sich Wien in den nächsten 5-10 Jahren entwickeln soll, zu verpflichten. Diese weitreichende Kooperationsabsicht wird auch in Bezug auf die Einbindung sogenannter 'relevanter AkteurInnen' bzw. in der im Plan vorgenommenen Anrufung und Konstitution von AkteurInnen erkennbar.

Obwohl es weiterhin unterschiedliche Einschätzungen der Relevanz des Strategieplans gibt, wird doch immer wieder auf den kooperativen und engagierten Arbeitsprozess verwiesen, der sich nach anfänglichem Zögern bei manchen letztendlich entwickelt hätte. Dies habe zu einer Vielzahl von Papieren und Analysen geführt, welche in die Endfassung des Strategieplans zwar nur bedingt eingegangen seien, jedoch im Hintergrund weitere Diskussionsgrundlagen böten.

Der Abstimmungsprozess wird zwar mitunter als durchaus mühsam beschrieben, da aufgrund der Querschnittsorientierung in der Zusammensetzung der Arbeitsgruppen verschiedene Positionen aufeinander trafen. Doch war, so die Behauptung, genau dies das Ziel, da verschiedene Themenkomplexe nicht erst im Nachhinein additiv zusammengefügt werden sollten. Das bedeutet jedoch nicht, wie später noch genauer auszuführen sein wird, dass nicht weiterhin gewisse Konfliktbereiche aus dem vorliegenden Plan herausgefiltert werden können.

### **3.1 Ziele des Strategieplans**

Zu den wichtigsten Zielen des Strategieplans zählt die Darstellung der Qualitäten und Stärken Wiens und - damit verbunden - die Entwicklung von Strategien und Projekten zu ihrer Sicherung und ihrem Ausbau. D.h. neben der angestrebten 'realistischen' Ausrichtung des Plans auf jene Bereiche, in denen unter den gegebenen Kompetenzverteilungen zwischen Ländern und dem Bund die Stadt Wien Programme umsetzen kann (und will), soll eine gewisse 'Positivität' als Gegengewicht zu Zukunftsängsten und Ressentiments entwickelt werden. Damit soll der Strategieplan eben nicht nur eine Visitenkarte im internationalen Standortwettbewerb zwischen Städten und Regionen, wie auch in der gleichzeitig anzustrebenden Kooperation mit diesen, sondern auch ein die 'relevanten AkteurInnen' motivierender Zukunftsentwurf sein.

Neben den magistratsinternen Diskussionen zählt aber auch die Kommunikation des Strategieplans nach außen, mit der weiteren Öffentlichkeit, zu einem zentralen Element in den angestrebten Wirkungen des Plans. Neben einer Kooperation mit der Tageszeitung *Der Standard* sind v.a. die Veranstaltungen des Europaforums, die sogenannten Stadtgespräche (10 Veranstaltungen) und v.a. das internationale Symposium, welches als (selbsternannter) Höhepunkt des (öffentlichen) Diskussionsprozesses des Wiener Strategieplans erscheint, zu nennen. Letzteres sollte neben der Diskussion des Planes gleichzeitig als Ausgangspunkt einer weiterführenden europäischen Diskussion verstanden werden. Einerseits wurden auf diesem Symposium der Wiener Strategieplan in seiner damals vorliegenden Fassung vom

---

<sup>3</sup> Zur Zusammenfassung der strategischen Projekte siehe: Strategieplan WB 32a 2000.

Bereichsdirektor für Stadtplanung, Dipl. Ing. Arnold Klotz, wie auch die Pläne Berlins, Barcelonas, Lyons, Budapests und Londons vor- und gegenübergestellt. Andererseits sollte der Diskussionsprozess mit einer weiteren kritischen und qualifizierten Öffentlichkeit aufgenommen werden. Die in diesen Veranstaltungen vorgebrachten Kritiken sind in weiterer Folge in den Strategieplan eingearbeitet worden und haben eine deutlich erkennbare Erweiterung seiner Inhalte bewirkt.

Im September 2000 erschien der Wiener Strategieplan in gedruckter und erheblich überarbeiteter Form in zwei Bänden (Strategieplan/ WB 32 und WB 32A 2000). **Er soll im Spätherbst dieses Jahres im Gemeinderat präsentiert und beschlossen werden.** Weiters ist zur Information der Bevölkerung ein Folder zu den Inhalten des Planes vorgesehen.

### 3.2 Struktur des Wiener Strategieplans

Wie erwähnt, besteht der Strategieplan aus zwei Teilen: Einem allgemeinen, sehr konzeptiv gehaltenen Teil, in dem verschiedene Strategiefelder dargestellt werden (vgl. Strategieplan WB 32) und einer Ansammlung verschiedener Projekte entlang der im ersten Teil entwickelten Felder (vgl. Strategieplan WB 32a).

Die Ergebnisse der Diskussionen und Arbeiten in den acht Arbeitsgruppen waren schließlich in fünf Strategiefelder kondensiert worden und in den Stadtgesprächen und dem genannten Symposium mit weiteren ExpertInnen und VertreterInnen der Öffentlichkeit diskutiert worden. Diese Felder sind nun unter den folgenden Überschriften zusammengefasst:

- Wien engagiert sich in Europa und verstärkt regionale Kooperationen;
- Wien schafft neue Perspektiven für Wirtschaft und Arbeit;
- Wien investiert in Wissen;
- Bildung und Kultur;
- Wien stärkt die Qualität von Naturraum und Stadtraum;
- Wien bleibt Stadt der Lebens- und Umweltqualität.

Die in diesen Feldern entwickelten Überlegungen und Entwürfe sollen dem konzeptionellen Anspruch genügen, die Bereiche ökonomischer, sozialer und ökologischer Problemlagen zusammenzudenken und so zu integrieren, dass Konflikte und Widersprüche zwischen den Eigenlogiken und dem Eigensinn dieser Teilsysteme lös- und koordinierbar bleiben.

"Das heißt, dass die ökonomischen, ökologischen und sozialen Aspekte zukunftsfähiger Entwicklung gleichzeitig und gleichwertig berücksichtigt werden. Die Säulen dieser Strategie sind: soziale Gerechtigkeit, zukunftsbeständige Wirtschaftssysteme und eine nachhaltige Nutzung der natürlichen Umwelt, die die Wohlstandsentwicklung mit der Tragfähigkeit der natürlichen Umwelt in Einklang bringt." (Strategieplan/WB 32 2000: 5)

Neben dieser auch in den Interviews immer wieder betonten Querschnittsorientierung werden noch zwei weitere Bereiche in ähnlicher Form ausgewiesen. Diese sind im konzeptiven Teil das sogenannte 'Gender Mainstreaming' (vgl. Strategieplan/WB 32 2000: 7). Dieses ziele dezidiert nicht nur auf einzelne Massnahmen ab, sondern solle Rahmenbedingung für die Gleichberechtigung schaffen, wofür auch auf die öffentliche Bewusstseinsbildung eingewirkt werden solle. Es wird daher festgestellt, dass

"der Aspekt der Chancengleichheit (...) in sämtliche Politikbereiche und Aktionen eingebunden werden (muss)." (Strategieplan/WB 32 2000: 7)

Dafür sollen kommunalpolitische Maßnahmen auf ihre geschlechtsspezifische Relevanz und Auswirkungen geprüft werden und ausserdem für eine hinreichende Beteiligung und Vertretung von Frauen gesorgt werden.

Der zweite Bereich, der als Querschnittsmaterie des gesamten Strategieplans ausgewiesen wird, jedoch im konzeptiven Teil des Strategieplans nicht explizit als solche kenntlich

gemacht wird, ist die Verwaltungsmodernisierung nach Kriterien des New Public Management (NPM). Diese wird als querschnittsorientiertes strategisches Projekt der Auflistung der diversen Projekte im zweiten Teil des Plans (vgl. Strategieplan 32A 2000: 4f) vorangestellt. NPM zielt auf eine Umstellung des Selbstverständnisses der Stadtverwaltung zum Dienstleistungsbetrieb und der Rekonstruktion der BürgerInnen als KundInnen/KonsumentInnen städtischer Leistungen. Die Verwaltungsmodernisierung folgt betriebswirtschaftlichen, weniger jedoch partizipations- oder demokratiepolitisch ausgerichteten Kriterien. Im Vordergrund steht daher die Trinität des Managementconsultings aus Effektivität, Effizienz und Wirtschaftlichkeit im Mitteleinsatz, nicht jedoch Fragen der Beteiligung an und Verantwortlichkeit der öffentlichen Einrichtungen gegenüber den BürgerInnen.

## 4 Die Diskursstrategie des Strategieplans

Wie oben ausgeführt, kann eine öffentliche Äußerung wie ein Strategieplan als performativer Prozess gesehen werden, der verschiedene Funktionen und Aufgaben in sich zu vereinigen, zu artikulieren versucht und bestimmte Handlungsmuster und gesellschaftliche Verkehrsformen und Interaktionen zwischen unterschiedlichen Gruppen zu induzieren versucht. Wenn ein diskursives Ereignis, wie ein Strategieplan, als wesentlicher Schritt in der **Formulierung eines hegemonialen Projekts** angesehen werden soll, so bedeutet dies, dass bestimmte gesellschaftliche Gruppen und Interessen, bestimmte Praxisformen und Strategien miteinander kombinierbar werden sollen. Insofern zielt ein derartiger konzeptiver Prozess darauf ab, eine sogenannte 'Regierungstechnologie' zu begründen, in der Individuen und Gruppen ihre gesellschaftlichen Verhältnisse und Interaktionen leben und erfahren und sich aufeinander beziehen können (s.o.). Daraus ergeben sich verschiedene Dimensionen der analytischen Bearbeitung des Planes. Dazu zählt die Dimension des Entstehungsprozesses und der eingebundenen AkteurInnen, dazu zählt weiters die Konstitution und Anrufung der AdressatInnen im Diskurs des Strategieplans, wie sie im Planungsprozess und im Strategieplan selbst geschaffen und angerufen werden.

Weiters ist die Dimension der Repräsentation und Schaffung von Realität zu erwähnen, also die Art, wie eine komplexe, heterogene und unübersichtliche Umwelt so strukturiert und in Beziehung gesetzt und artikuliert wird, dass Strategiefelder entstehen können, die in bestimmten policies, politischen Strategien und strategischen Feldern bearbeit- und formbar werden. Dies schließt die (Re-)Konstitution verschiedener gesellschaftlicher Gruppen zu spezifischen AkteurInnen und AdressatInnen mit ein, welche einerseits bestimmte Aspekte dieser Personen und Gruppen hervorhebt, andererseits andere negiert. Beispielsweise werden aus UnternehmerInnen "Investoren", aus Arbeitssuchenden "zu Qualifizierende", aus Einwanderern "dynamisches Potenzial für die innovatorische Entwicklung".

Ein weiterer Aspekt in der Diskursstrategie des Strategieplans ist in der Reflexion über das eigene Tun und Sein zu sehen, d.h. in den selbstreflexiven Aussagen, die als Bedingung der hegemonialen Funktion des Plans angesehen werden kann. Durch den performativen Akt des Strategieplans wird den AkteurInnen und Interessen, die konstituiert werden sollen, eine bestimmte Identität auch und gerade insofern dies ihre Widersprüche und Konflikte betrifft, gegeben. Die selbstreflexive Ebene ist im gegenwärtigen Modus von Staatlichkeit umso zentraler, insofern bedeutsamer werdende Aspekte moderner Regierungstechnologien und Politiken auf eine Verflüssigung und Dynamisierung gesellschaftlicher Verhältnisse und ökonomischer Prozesse abzielen, wie später anhand des Innovationsbegriff noch weiter ausgeführt werden soll. Dies wirkt natürlich auch auf die Ebenen des Staatlichen zurück, die Veränderbarkeit und Dynamik zu ihrer ureigensten Aufgabe machen müssen und damit sich selbst als offen und prozesshaft darstellen müssen. Anders ausgedrückt, wenn Innovation, Lernen, Veränderung und Offenheit, die Aneignung und Schaffung von Wissen zu wesentlichen Inhalten strategischer Felder werden, so muss dies der Plan als performativer Akt auch auf sich selbst anwenden.

Die **Diskursstrategie** des Strategieplans kann daher nach folgenden Dimensionen analysiert werden:

- Insbesondere in der noch im September 2000 im Internet abrufbaren Version war eine relativ ausführliche selbstreflexive Dimension erkennbar, welche das Prozesshafte des Planes betonte.
- Zentral für die Argumentationsstrategie des Planes ist weiters eine grobe Analyse der Rahmenbedingungen, welche als Hintergrund der zu entwickelnden Leitideen und konzeptueller Vorstellungen herangezogen werden. Vor diesem Hintergrund werden die

jeweiligen Strategiefelder konstruiert, welche als folgerichtige Reaktionen auf skizzierte Entwicklungen erscheinen sollen. Für eine kritische Analyse des Strategieplans ist auch die bereits mehrmals erwähnte Frage der AkteurInnen, die als AdressatInnen, als 'sogenannte relevante AkteurInnen' erscheinen, ja teilweise erst durch den Diskurs des Planes geschaffen werden, relevant. Es ist hier nicht nur die jeweilige Gruppe von AkteurInnen zu beachten, sondern auch ihre anvisierte Einbindung, die ihnen zuerkannten Handlungsebenen, die Detailliertheit und Konkretisierung ihnen zugeschriebener Rollen in den Strategiefeldern.

Sowohl die Dimension der Rahmenbedingungen wie auch der adressierten AkteurInnen wirft natürlich sofort die Frage auf, was bzw. wer ausgespart wird. Welche gesellschaftlichen Prozesse werden nicht als Begründung für Strategiefelder akzeptiert oder bloss verschwiegen, welche AkteurInnen (breite Bevölkerung) und welche Möglichkeiten der Einbindung (demokratische Partizipation) werden ausgeblendet?

Die in den Interviews angesprochenen 'strategischen Leuchttfeuer', die in einem erheblichen Ausmaß aus normativen, zielorientierten Argumentationen für die beabsichtigten Strategien und Projekte sowie anzustrebenden Wirkungen und Zuständen bestehen, bilden das Rückgrat der Aussagen in den jeweiligen Feldern. In ihnen wird eine massive Ausrichtung auf institutionelle Bereiche und Strategien der Zusammenarbeit und der Kooperation mit und zwischen verschiedenen 'relevanten AkteurInnen' deutlich. Dies soll nicht nur eine umfassende Mobilisierung für die zu erreichenden Ziele, sondern auch Synergien im Ressourceneinsatz auf allen Ebenen bewirken.

Weiters gibt es einen erheblich normativen Gehalt in den Vorstellungen darüber, was in den jeweiligen Feldern erreicht und umgesetzt werden soll. Dies orientiert zum einen auf die einzusetzenden Strategien, Ideen und Maßnahmen, zum anderen aber auf die zu bewirkenden gesellschaftlichen Dynamiken und Prozesse, mithin also wohl auch auf eine Beeinflussung der Rahmenbedingungen. Als weitere Ebene der normativen Konstruktionen im Strategieplan erscheint die Selbstbeschreibung der Aktivitäten und Handlungen, welche die Politik/Stadtverwaltung zu tun gedenkt und wie sie dies selbst gesehen haben möchte.

#### **4.1 Ad reflexive Ebene**

In der Druckversion des Wiener Strategieplans vom September 2000 ist die reflexive Ebene gekürzt - sie beschränkt sich im Umfang auf eine Seite - und fokussiert v.a. auf die Aufgaben, welche der Plan erfüllen soll. Diese zielen auf die Integration und Koordination verschiedener in Wien existierender Zielsysteme, Maßnahmenprogramme, Projekte und Schwerpunktsetzungen, auf Unterstützung und Bestärkung stadtentwicklungspolitischer Intentionen durch Erarbeitung zukunftsfähiger strategischer Ziele, sowie die Umsetzung dieser Ziele entlang von Maßnahmenprogrammen und strategischen Projekte. Diese Aufgaben beziehen sich explizit auf die angesprochenen AkteurInnen aus Wirtschaft, Wissenschaft und Öffentlichkeit, welche in neue Partnerschaften eingebunden werden sollen (vgl. Strategieplan/WB 32: 4). Eine besondere Hervorhebung erhält 'privates Kapital', welches sich an gesellschaftlichen Entwicklungen innovativ und qualitätsorientiert beteiligen soll.

Zentral für den performativen Charakter wie auch spezifischer Momente der Veränderung von Staatlichkeit, erscheint die Betonung des Prozesshaften, Unabgeschlossenen, Offenen des Strategieplans.

"Der Strategieplan für Wien ist kein 'fertiger Plan', der nur mehr beschlossen und umgesetzt werden muss." (Strategieplan/WB 32: 4)

Er ist vielmehr, so wird betont, Grundlage eines strategischen Prozesses, der offen ist für Weiterentwicklung, Konkretisierung und Operationalisierung der entwickelten Entwürfe.

Insbesondere der prozesshafte Charakter im Selbstverständnis des Plans ist in der Version im Internet (vgl. [www.wien.gv.at/ma53/rkspez/1999/9925](http://www.wien.gv.at/ma53/rkspez/1999/9925)) noch ausführlicher dargestellt. Hier werden vier Prozessphasen hervorgehoben, welche von interdisziplinären, ressortübergreifenden Arbeitsgruppen im Magistrat, zur Konstitution einer breiten Trägerschaft in einem Akteursviereck aus Politik, Verwaltung, Wissenschaft, Wirtschaft, gesellschaftlichen Akteuren und Öffentliche reichen. Letztere wird als Stadtdialog präsentiert und sei als Konsultationsprozess angelegt. In der dritten Phase waren schließlich die umzusetzenden Projekte festzulegen. Dies soll in der vierten Prozessphase in die Konstitution unterschiedlicher Ebenen von Projektmanagement münden und zur zügigen, nach Kriterien des Total Quality Management (TQM) ausgerichteten Umsetzung der strategischen Projekte führen.

Im TQM ist zwar von Kundenorientierung, Einbeziehung externer Organisationen zur Mediation und Kooperationskultur die Rede, mithin also von einer Orientierung der Implementation der Projekte nach den Kriterien des New Public Management. Eine partizipatorische, demokratisch orientierte Einbeziehung von den jeweiligen Maßnahmen betroffener Bevölkerungsgruppen ist nicht explizit vorgesehen - zumindest nicht auf der Makroebene der konzeptuellen Arbeit.

## 4.2 Ad AkteurInnen

Wie ausgeführt, ist die Frage der 'relevanten AkteurInnen', welche in die Erstellung des Strategieplans eingebunden sind, die durch diesen explizit adressiert werden, ein zentraler Aspekt für eine kritische Analyse. Hier zeigt sich unseres Erachtens in erheblichem Ausmaß eine Top-down-Perspektive, der Versuch einer Elitenkoalition auf Stadtebene. Schon in der Präambel werden folgende, strategisch wichtige AdressatInnen genannt:

"Die strategisch wichtigen Adressaten dieses Planes sind die Wiener Wirtschaft, Institutionen, die Bevölkerung, regionale und europäische KooperationspartnerInnen, internationale Organisationen und Interessenten." (Strategieplan/WB 32 2000: 3)

Weiters gehören dazu auch andere lokale Verwaltungseinheiten (etwa Niederösterreichs, Burgenlands, der Umlandgemeinden) etc. Diese sollen in neuen Formen öffentlich-privater Partnerschaften (Public Private Partnership) an der Entwicklung der Stadt Wien mitarbeiten.

Einem aktivierenden und aktiv einbeziehenden Verständnis von AkteurInnen, denen auf eine ganz bestimmte Art Anpassung und Eingliederung in gesellschaftliche Dynamiken - etwa durch Bildung oder Integrations- und Gleichstellungsmaßnahmen und die Erleichterung von Unternehmensgründungen - ermöglicht werden soll, stehen AdressatInnen (die Bevölkerung) von umzusetzenden Maßnahmen und Strategien gegenüber. Hier werden in verschiedenen Feldern bewusstseinsbildende Maßnahmen, etwa in Fragen der EU-Osterweiterung, des Gender Mainstreaming aber auch der zu erhöhenden Akzeptanz neuer Technologien, welche das Verständnis für die verschiedenen strategischen Projekte erhöhen und damit deren Implementierung erleichtern sollen, genannt.

Es ist davon auszugehen, dass dies auf die Schaffung einer lokalen **Wachstumskoalition** und einer **urbanen Elite** zielt, welche relevante AkteurInnen aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Subsystemen auf eine bestimmte Orientierung zu verpflichten sucht. Zugleich wird versucht, die Bevölkerung entlang verschiedener gesellschaftlicher Problemlagen an die strategischen Felder städtischer Politik zu binden.

Trotz des aktivierenden Charakter ist eine Top-down-Perspektive jedoch nicht von der Hand zu weisen. Diese ist jedoch reflexiv genug, über die Begrenzung der Handlungsmöglichkeiten

lokaler Staatlichkeit Bescheid zu wissen, und versucht daher zumindest auf der diskursiven Ebene ihre Basis zu erweitern und zu rekonstituieren. Ob dies schon als Governance bezeichnet werden kann, müssten tiefergehende Detailstudien konkreter Projekte und ihrer Umsetzung zeigen - die Rhetorik des Plans geht aber in diese Richtung.

## 5 Konfliktbearbeitung im Strategieplan

Dieser Abschnitt geht der Frage nach, wie reale und potentielle Konflikte im Strategieplan behandelt werden. Tendenziell kommen Konflikte im Strategieplan nicht vor.

Der Strategieplan in seiner vorliegenden Form ist das Ergebnis einer gemeinsamen Anstrengung verschiedener Magistratsabteilungen und Geschäftsgruppen, externer ExpertInnen und KonsulentInnen und wer sonst noch bislang in den Prozess eingebunden war. D.h., er beruht auf einem Kompromiss, auf einer Artikulation unterschiedlicher Interessen, Problemlagen und Strategien. Selbst wenn nur der vorliegende Text betrachtet wird, werden derartige Konfliktfelder immer wieder sichtbar. Dies hat sich u. E. in der Druckversion sogar verstärkt.

### 5.1 Konfliktbearbeitung am Beispiel Wissen, Bildung und Kultur

Um zu erklären, wie mit Konfliktfeldern verfahren wird, sollen exemplarisch folgende Passagen aus der Leitidee des Kapitels "Wien investiert in Wissen, Bildung und Kultur" näher betrachtet werden.

Nach der Feststellung, dass die 'fortgeschrittenen Gesellschaften' sich gegenwärtig zu 'Wissensgesellschaften' entwickeln würden und damit Wissen als 'Produktionsfaktor' zunehmend an Bedeutung gewönne, treffen in folgenden Formulierungen Konfliktfelder aufeinander:

"Wissen wird als 'intellektuelles Kapital' zu einer zentralen gesellschaftlichen Ressource. Von ihrer Produktion, Verteilung und Nutzung hängt die Standortattraktivität und damit die Wirtschaftsentwicklung ab. Sie bestimmt aber auch die Entwicklung der städtischen Gesellschaft insgesamt: Stadtkultur, intellektuelles Klima, Arbeitsmarkt, soziale Integration." (Strategieplan/WB 32 2000: 27)

Nach weiteren Ausführungen darüber, dass Wissen mehr sei als Informationen, nämlich auch in Praxis- und Erfahrungskontexte eingebettet sei, dass es ein soziales Produkt, das zum Handeln befähige, sei und Wissensvermittlung und Wissensmanagement daher Sinnbezüge herstellen sollen, wird festgestellt:

"Weiters muss stärker bewusst gemacht werden, dass Wissen nicht aus wissenschaftlich-technischem Wissen allein besteht, sondern auch kommunikatives, kreatives, soziales und Alltagswissen beinhaltet. Gerade die Wahrnehmung und Nutzung dieser letzteren unterschätzten Wissensformen kann in der modernen städtischen Dienstleistungsgesellschaft zur Schaffung von Arbeitsplätzen führen - auch für formal geringer Qualifizierte. Was wiederum die gesellschaftliche Integration fördert." (Strategieplan/WB 32 2000: 27)

Die in diesen Passagen sichtbare Gegenüberstellung zweier Dimensionen wird als (zumindest potentiell) widersprüchliche erkennbar, wenn etwa auf der einen Seite Wissen als Faktor der Standortattraktivität und Wirtschaftsentwicklung, aber auch der Entwicklung der städtischen Gesellschaft insgesamt, bezeichnet wird. Ähnliches gilt auch für die Feststellung, Wissen bestehe nicht aus technischem, sondern auch kommunikativem etc. Wissen.

Dies bedeutet natürlich nicht, dass dies notwendigerweise auf konfrontative Auseinandersetzungen in den Arbeitsgruppen hinweist - im Gegenteil, in den Gesprächen mit ExpertInnen wurde das konstruktive und kooperative Klima immer wieder hervorgehoben. Es reflektiert aber die Widersprüchlichkeit gesellschaftlicher Dynamiken in den verschiedenen Feldern, die wahrzunehmen und zumindest diskursiv zu bearbeiten sich auch das Magistrat gezwungen sieht.

Neben Elementen einer **Selbstverpflichtung der 'relevanten AkteurInnen'**, nach Möglichkeiten des Ausgleichs zwischen solchen widersprüchlichen Interessen und

Problemlagen zu suchen, kommen auch noch andere Funktionen zum Tragen. So soll zum einen Kritik aufgenommen, vielleicht sogar vorweggenommen werden. Dies geschieht, indem bestimmte Kritiken aus dem Gesamtzusammenhang gesellschaftlicher Gegenentwürfe, ihrer oft konfrontativen Gegenüberstellung zu anderen Dynamiken gelöst werden. In den strategischen Konfliktfeldern werden sie diskursiv in das im Strategieplan entwickelte hegemoniale Projekt für Wien artikuliert.

Damit wird der sich **wechselseitig ausschließende Charakter mancher gesellschaftlicher Prozesse negiert** und eine Kooptations- und Einbindungsstrategie unter den vorgegebenen Bedingungen anvisiert. Das bedeutet aber auch, dass die Politik auf Stadtebene die Sicherung des gesellschaftlichen Zusammenhalts - und eben nicht nur, weil es ein Integrationskapitel gibt -, des Ausgleichs divergierender Interessen weiterhin als Möglichkeit ihrer Aktivitäten sieht und als politische Aufgabe anerkennt. In den Bereichen, wo dies erkennbar ist, bedeutet dies, dass Kritik sich darauf konzentrieren kann, ob bestimmte Maßnahmen oder strategische Projekte die integrationistischen Ziele fördern, ob in anderen Bereichen endlich Maßnahmen gesetzt werden sollen oder unter welchen Bedingungen ein derartiger Ausgleich angestrebt wird.

## 5.2 Konfliktbearbeitung am Beispiel Integration

Eine andere Ebene der Konfliktbearbeitung erfolgt indirekt, so etwa, wenn in gewissen Feldern Positionierungen vorgenommen werden, welchen in den tagespolitischen Auseinandersetzungen unterschiedliche politische Lager zuzurechnen sind. Das gilt v.a. im Bereich der EU-Osterweiterung und der regionalen Kooperation mit Städten aus dem mittel- und osteuropäischen Bereich, denen breiter Raum gewidmet wird, und etwa der Integration von MigrantInnen.

So will Wien die Städte der assoziierten mittel- und osteuropäischen Staaten auf die Integration in die EU offensiv vorbereiten und ihren Integrationsprozess unterstützen. Es wird festgestellt, dass grenzüberschreitende Städtekooperationen verstärkt und spezielle Förderungen von Strukturanpassungen forciert werden müssen. Schon jetzt sollen die Städte dieser Region in die Strategien der europäischen Städtepolitik eingebunden werden.

"Öffentliche Diskussion und Bewusstseinsbildung müssen offensiv geführt werden." (Strategiepapier/WB 32 2000: 11)

Es sollte klar sein, dass dieses proaktive Bekenntnis zur EU-Osterweiterung nicht von allen Rathausparteien, also v.a. der FPÖ, so gern gesehen wird. Hier könnten sich daher gewisse Konflikte in der zukünftigen Diskussion im Rathaus entzünden.

Eine ähnliche Positionierung ist auch im Bekenntnis zu 'geregelter Zuwanderung' als 'Normalität' erkennbar.

"Geregelte Zuwanderung ist bei tendenziell stagnierender Bevölkerungsentwicklung ein unverzichtbarer Beitrag zur Weiterentwicklung einer offenen, urbanen Gesellschaft; einer Gesellschaft, die Vielfaltigkeit, Offenheit und Toleranz fördert. Innovationskraft und das kreative Potenzial der Stadt werden durch Zuwanderung gestärkt und die soziale wie wirtschaftliche Stabilität sichergestellt." (Strategieplan/WB 32 2000: 45)

Gleichzeitig zeigt sich hier auch die Beschränkung dieses Integrationsdiskurses auf der Ebene des Strategieplans bzw. die Grenze dieser indirekten Strategie der Konfliktbearbeitung. Die Begründungen, die zur Legitimation dieses prinzipiellen Bekenntnis zu Zuwanderung, Vielfaltigkeit, Offenheit und Toleranz bemüht werden, reflektieren die Stärke der gegen Einwanderung gerichteten rassistischen Diskurse diverser (Tages-)Zeitungen und Parteien. Ja,

es könnte als *worst case* Behauptung befürchtet werden, dass die Politik der Stadt sich eine argumentative Hintertür offen lässt, um, sollten die genannten Bedingungen nicht mehr gegeben sein, wieder auf offen rassistische Massnahmen zurückzugreifen.

Explizite Grenzziehungen zu rassistischen Ausgrenzungen auf verschiedenen Ebenen der Gesellschaft werden vermieden, eine selbstreflexive, selbstkritische Sicht der Stadtverwaltung - etwa in Bezug auf die Beschäftigung von Einwanderern, Verhalten verschiedener Institutionen gegenüber AusländerInnen, aber auch in Bezug auf den im Bundesländervergleich höheren Anteil von Einbürgerungen - ebenso. Bekenntnis und Realität klaffen daher auseinander und können in der kritischen Auseinandersetzung daher auch gegenübergestellt werden.

**Integration, antidiskriminatorische Maßnahmen erscheinen dem Plan nicht als allgemein begründ- und argumentierbar, sie verstehen sich nicht von selbst.** Daher muss in der zitierten Passage auf die 'stagnierende Bevölkerungsentwicklung' verwiesen werden. Daher zielt ein ganzer Abschnitt im Kapitel "Wien - Stadt des Miteinander" auf die Nutzung des Wirtschafts- und Wissenspotenzials von Zuwanderern. Damit wird zum einen versucht, dem Rassismus auf der Ebene des rationalen Nutzenmaximierers entgegen zu argumentieren und auf eine rationale, wenn auch egoistisch begründete, Grundlage des rassistischen Ressentiments gehofft. Zum anderen kann diese Argumentation dem Rassismus aber keinen Riegel vorschieben, weil sie die Einteilung von MigrantInnen in solche, die uns nützen und solche, die uns nicht nützen, zulässt, ja ihr diese sogar immanent ist. Es kann daher erwartet werden, dass etwa beim zu erwartenden zunehmenden Eintritt von MigrantInnen ins Pensionsalter, eine neue Konfliktlinie rassistischer Ausgrenzung auftauchen wird. Außerdem läuft eine derartige Argumentationslinie immer in Gefahr, spätestens bei der nächsten größeren (Wirtschafts-)Krise zu kollabieren, wenn etwa die einfache Rechnung, so und so viele Arbeitslose auf der einen und so und so viele Ausländer auf der anderen Seite, gemacht und die Forderung, letztere in ihrer Herkunftsländer zu schicken, erhoben wird.

Was auch immer die Intentionen der VerfasserInnen sein mögen, derartige Argumentationsstränge reflektieren auf jeden Fall die Stärke rassistischer Diskurse, wie sie gegenwärtig die politische Kultur prägen, auch wenn derartige Konfliktlinien im Strategieplan nicht explizit angesprochen werden sollen. Für keine andere gesellschaftliche Gruppe (inklusive Frauen) müssen **gesellschaftliche Teilhaberechte im Strategieplan mit ihrer wirtschaftlichen Bedeutung argumentiert** werden.

### 5.3 Macht- und Herrschaftsverhältnisse

Eine dritte Dimension der Konfliktbearbeitung im Strategieplan besteht im Nicht-Ansprechen oder **Verschweigen von Problemfeldern**, Defiziten und Dysfunktionalitäten, von gesellschaftlichen Macht- und Herrschaftsverhältnissen. So ist etwa das Prinzip des Gender Mainstreaming als Querschnittsmaterie in vielen Kapiteln klar erkennbar, nirgends aber wird erläutert oder bloss angedeutet, warum es sich dabei weiterhin um eine zentrale gesellschaftliche Konfliktachse handelt. Ähnliches gilt beispielsweise auch im Bereich der Veränderungen der Arbeit(sverhältnisse) und sozialen Position verschiedener Gruppen.

So wird im Strategieplan zwar explizit die Relevanz arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen, insbesondere im Bereich der Qualifizierung und des Wissensaufbaus anerkannt und werden auch zahlreiche strategischen Projekte aus arbeitsmarkt-politischen Intentionen verfolgt. Die Zielsetzungen vieler Maßnahmen fokussieren aber auf einer umfassenden Aktivierung und Befähigung der erwerbsfähigen Bevölkerung, sich bietende Möglichkeiten der Wissensgesellschaft zu ergreifen, also auf angebotsseitige Maßnahmen zur Re- und Höherqualifikation von Arbeitskräften. Es gibt jedoch keine explizite Bezugnahme auf gerade auch am Wiener Arbeitsmarkt sichtbar werdende Segmentierungstendenzen. Die

angebotsseitigen Maßnahmen sollen Arbeitskräfte verändern und weniger die vorherrschenden Bedingungen am Arbeitsmarkt. D.h., weder werden Prozesse der Prekarisierung oder atypische Arbeitsverhältnisse angesprochen, noch weitergehende Probleme der Feminisierung der Arbeitswelt oder der Situation vom MigrantInnen, jenseits von allgemeinen Bekenntnissen zum Ziel der Gleichstellung. Es ist sicher richtig, dass dies auch mit den real-politischen Möglichkeiten der Stadt zu tun hat, etwa arbeitsmarktpolitische Maßnahmen zu treffen, und Realismus der zu entwickelnden Strategien ja eine konzeptuelle Vorgabe im Planungsprozess war. Gleichzeitig hat das Nicht-Ansprechen derartiger grundlegender gesellschaftlicher Entwicklungen aber auch den Effekt, dass die Konzentration auf strategische Projekte, also ein gewisser *Flagship Activism*, Aktivitäten in Bereichen vortäuschen kann, die tatsächlich **nur eine kleine Gruppe von Personen betreffen**, keinen Einfluss aber auf Makrostrukturen der Gesellschaft zu nehmen imstande ist.

Das Nicht-Ansprechen von Defiziten, Polarisierungen, dysfunktionalen Prozessen und Machtverhältnissen, sowie gleichzeitig der Fokus auf Positivität und Qualitäten, sollen natürlich die Legitimation des lokalen Staates, des Magistrats erhöhen. Genau aus diesem Grund kann dies aber auch das Gegenteil bewirken. Das Verschweigen von Problemen, die evident sind, kann der Bevölkerung, die gegenüber dem Magistrat nicht nur die Position des Kunden, sondern auch des Bürgers einnimmt, als schönrednerische Public Relations erscheinen und zu einem Legitimationsverlust beitragen. Die zu KundInnen umdefinierten BürgerInnen können sich dann entscheiden, das Angebot des Dienstleisters Stadtverwaltung nicht mehr zu kaufen, was, da es sich aber um die politische Ebene handelt, sogenannte Phänomene der Politikverdrossenheit verstärken könnte. Es ist aber klar, dass die Analyse gesellschaftlicher Probleme und ihrer Ursachen weniger konsensfähig ist, als ein Katalog all dessen, was gut und schön wäre für die Stadt.

## **6 Zentrale Begriffe im Strategieplan: Innovation, Wissen, Wettbewerb**

Der Diskurs des Strategieplans wird durch ein spezifisches Set von Begriffen in besonderem Maße geprägt. Einige dieser Begriffe sollen im Folgenden näher analysiert und vorgestellt werden.

### **6.1 Innovationsbegriff und Wissensgesellschaft**

In diesem letzten Abschnitt soll das Konzept der Innovation, das Begriffsfeld des Wissens sowie verschiedene mögliche Verknüpfungen wie etwa Wissensmanagement, Wissensbasis, Wissensgesellschaft dargestellt werden.

Im Sinne der vorhergegangenen Überlegungen zu 'Regierungstechnologie' und Gouvernement-Mentalität sollen die Position und Rolle dieser Konzepte im Wiener Strategieplan als 'grosser Erzählung' über die Stadt analysiert werden. Diese Analysen werden bis zu einem gewissen Grad auch auf ideologiekritische Überlegungen zurückgreifen, da auch der theoretische wie praktische Hintergrund dieser Konzepte sichtbar gemacht werden soll. In einem ersten Schritt möchte ich daher die Verwendung dieser Begriffe im Strategieplan darlegen. Im darauf folgenden Abschnitt sollen die analytischen Hintergründe dieser Konzepte vorgestellt und einige kritische Überlegungen und Probleme angedeutet werden.

Innovation und Wissen stellen zwei der zentralen Leitbegriffe des Strategieplans dar. Dies nicht nur weil etwa der Innovationsbegriff schon im Titel des Plans, "Qualität verpflichtet Innovationen für Wien", aufscheint, sondern auch, weil sie in den verschiedenen Strategiefeldern immer wieder auftauchen, sie also sichtlicherweise - diskurstheoretisch formuliert - verschiedene gesellschaftliche Rahmenbedingungen, Handlungsformen, Strategien und Zielbestimmungen, die im Plan dargelegt werden, miteinander artikulieren/verknüpfen. D.h., diese Begriffe werden zu Scharnierstellen oder Gelenken der im Strategieplan entwickelten Argumentationen, welche ganz unterschiedliche Bereiche zusammenführen und deren Zusammenhänge plausibel machen sollen.

Es ist offensichtlich, dass der Innovationsbegriff auf Veränderung, Erneuerung und Entwicklung abzielt und diese im Strategieplan als solche kenntlich machen soll. Innovation hat im Diskurs des Strategieplans eine Doppelfunktion als Mittel und Zweck. Als Mittel erscheint Innovation insofern, als bspw. die Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit im internationalen Standortwettbewerb, aber auch die Reaktion auf veränderte soziale und ökonomische Problemlagen, Veränderung und Erneuerungen, mithin also Innovationen erfordern. Innovationen werden andererseits aber auch zum Zweck bestimmter Strategien und Überlegungen. Dies wird v.a. in den Verknüpfungen mit dem Wissensbegriff und dem daraus sich ergebenden begrifflichen Feld sichtbar. So wird etwa im Kapitel "Stadt mit Vision und Augenmaß" festgestellt:

"Das Potenzial der urbanen Wissensgesellschaft muss für Prozess- und Produktinnovation genutzt werden, um die Wettbewerbsfähigkeit der gesamten städtischen und regionalen Wirtschaft sowie der einzelnen Betriebe zu stärken." (Strategieplan/WB 32 2000: 6)

In Bezug auf Wettbewerbsfähigkeit sind Innovationen Mittel, sie sind jedoch Zweck einer speziellen Nutzung des Potenzials der Wissensgesellschaft. Begrifflich angedeutet wird die auf den Innovationszweck ausgerichtete Art der Nutzung des Wissens im folgenden Zitat:

"'Wissensmanagement' zielt auf Aktivierung und bessere Verknüpfung der Wissenschafts- und Kulturlandschaft in Wien. Es soll ein offenes Klima schaffen sowie Kreativität und Experimentierfreudigkeit der Menschen unterstützen. Das Innovationsklima soll in

Kooperation zwischen wissenschaftlichen Einrichtungen, Verwaltung und Wirtschaft gefördert werden." (Strategieplan/WB 32 2000: 6)

Es ist aber notwendig zu erwähnen, dass im Strategieplan der Zusammenhang und das Verhältnis von Wissen, Innovation und modernen Gesellschaften nicht nur linear einer Zweck-Mittel-Relation folgt, sondern durchaus komplexere Züge entwickelt. So wird das Verhältnis von Wissen als Mittel für den Zweck Innovation auch aus umgekehrter Perspektive betrachtbar sodass es zur Charakterisierung einer neuen gesellschaftlichen Form, der Wissensgesellschaft, dient.

"Die auf Wissen basierende städtische Gesellschaft braucht Innovationen im naturwissenschaftlich-technischen, im gesellschaftswissenschaftlichen und im künstlerischen Bereich." (Strategieplan/WB 32 2000: 6)

Wissen, seine Schaffung und Erwerb, und Innovationen sind also im Diskurs des Strategieplanes miteinander verbunden, was ihre gemeinsame analytische Behandlung rechtfertigt.

Als Schlüsselbegriffe ziehen sich diese Konzepte mehr oder weniger durch die meisten Strategiefelder. So erscheinen Wissenskompetenz und Innovationsfähigkeit als Produktionsfaktoren und Elemente der Attraktivität und Qualität des Wirtschaftsstandorts Europas, wie der europäischen Einigung und der regionalen Kooperation (vgl. Strategieplan/WB 32 2000: 10f).

Die Begriffsfelder zu Innovation und Wissen tragen jedoch insbesondere die Argumentationen im Kapitel 'Neue Perspektiven für Wirtschaft und Arbeit'. So will die Wiener Wirtschaftspolitik "sich mit Hilfe grenzüberschreitender Produktionsnetze intensiver an den neuen Märkten der MOE-Länder (zu) orientieren, um damit auch Innovation, Kernkompetenzen und Wettbewerbsfähigkeit für die westeuropäischen Märkte weiterzuentwickeln." (Strategieplan WB 32 2000: 20)

Es wird daher eine Spezialisierung in den Bereichen versprochen, in denen sich noch keine europaweite Standorthierarchie festigen konnte. Sektorale Spezialisierung soll aber durch funktionale abgesichert werden, um die Diversität und Breite der Wiener Wirtschaft zu erhalten. Wie zu zeigen sein wird, liegt in der Diversität wirtschaftlicher Strukturen tatsächlich eine Grundlage innovationsfähiger Ökonomien, da auf diese Weise Prozesse des *Lock-Ins* in gewisse Technologien oder Sektoren verhindert und ein ausreichender Pool von Innovationsreserven vorhanden ist.

Vor diesem Hintergrund will Wien die Internationalisierung der Wiener Unternehmen unterstützen und Rahmenbedingungen betrieblicher Aktivitäten v.a. für KMUs verbessern, wobei es um nicht weniger als die Erzeugung eines 'Gründungsklimas' geht. Das in dieser Argumentation sichtbare Selbstverständnis des lokalen Staates besteht nicht darin, sich aus den Marktprozessen zurückzuziehen, sondern aktivierend einzugreifen, indem finanzielle Anreize, administrative Erleichterungen, koordinierte Beratungen und Wissens- und Technologietransfers zu entwickeln sind. Denn,

"(e)ine Voraussetzung für die Unterstützung neuer Aktivitäten und Umsetzung von Innovationen in der Praxis ist eine effiziente Wissens- und Technologiepolitik." (Strategieplan/WB 32 2000: 22)

Das hier angesprochen Wissen ist umfassend und zielt auch auf nicht-traditionelle Wissens- und Technologiebereiche, auf die Wissenspotenziale von MigrantInnen und deren sogenannten ethnischen Ökonomien und die gemeinnützigen Dienstleistungsbereiche ab, um das

"vorhandene Potenzial an Wissen und Erfahrung noch besser im Sinne innovativer, auch grenzüberschreitender Wirtschaftsoperationen (...) (zu entwickeln)." (Strategieplan/WB 32 2000: 22)

Der Zusammenhang von Wissen und Innovation wird zur zentralen Begründung und Motivation für aktive Arbeitsmarktpolitik, die v.a. auf 'Qualifikation und Weiterbildung' abzielt (vgl. Strategieplan/WB 32 2000: 25). Damit soll jenes Arbeitskräftepotential geschaffen werden, das fähig ist, auf die in einer innovativen Wirtschaft sich bietenden Möglichkeiten einzugehen bzw. selbst Innovation zu schaffen, um damit den Produktionsfaktor Wissen, das 'intellektuelle Kapital', zur Förderung der Standortattraktivität und Wirtschaftsentwicklung einzusetzen (vgl. Strategieplan/WB 32 2000: 27). Zwar wird im Strategieplan anerkannt, dass dies nicht nur wissenschaftlich-technisches Wissen umfasst, sondern auch kommunikatives, kreatives, soziales und Alltagswissen, welches zu fördern und nicht zu unterschätzen sei.

"Es kann davon ausgegangen werden, dass es in Wien Wissenspotenziale gibt, die in ihrer Bedeutung noch nicht richtig erkannt sind. Diese Stärken sollen systematisch aufgespürt werden, da ihre Nutzung erheblich zur Entwicklung spezifischer Wissenscluster beitragen kann." (Strategieplan/WB 32 2000: 29)

Doch zielt diese umfassende Mobilisierung des Wissens darauf ab, sichtbar zu machen, dass dieses nicht unbedingt ökonomischen Imperativen widersprechen muss, sondern gar zur Grundlage von Innovationen werden kann.

Vor diesem Hintergrund werden die Fragen der Schaffung und Vermittlung von Wissen und damit die Bedingungen des Wissenserwerbs und des Lernens zu zentralen Feldern des Strategieplans, und es wird die Forderung nach lebenslangem Lernen erhoben. Wissen wird explizit zu einem eigenen Politikfeld ernannt, dem auch einige der strategischen Projekte Rechnung tragen (vgl. Strategieplan/32 2000: 28; Strategieplan/32A). Bildungsinstitutionen sollen koordiniert und vernetzt werden und zwar von der Pflichtschule bis zur Universität. Dies ist Teil der notwendigen Organisation und des Managements des Wissenstransfers zwischen Stätten der Produktion und Vermittlung von Wissen und seiner Anwendung. ExpertInnen sind zu vernetzen, die örtliche Verwertung des Wissens sowie Aufwertung des nicht transferierbaren Erfahrungswissens sind anzustreben und ein Braindrain zu verhindern, einer unreflektierten Technik-, Innovations- und Zukunftsfeindlichkeit ist entgegenzusteuern. Kurz und gut, Wien soll Wissensstadt werden und damit eben offen für neue Technologien und für Innovationen.

## 6.2 Entrepreneurial Cities

Eine spezifische Verknüpfung von Wissen, Innovation und Wettbewerb stellt auch die Grundlage für sog. "Entrepreneurial Cities" dar, einem Konzept für Stadtentwicklung, das ausgehend von US-amerikanischen Vorbildern zunehmend auch in europäischen Städten Nachahmer findet. Im Strategieplan lassen sich immer wieder Argumentationsstränge erkennen, die dem Konzept der "entrepreneurial city" entsprechen. Die Häufung von unternehmensbezogenen Metaphern in städtepolitischem Zusammenhang begann in Wien vor wenigen Jahren. Insbesondere das Liberale Forum und die ÖVP traten mit Plakatserien und anderen Werbemittel an die Öffentlichkeit, die Slogans wie "Unternehmen Wien", "Management für Wien", u.ä. trugen. In den letzten Jahren versucht vor allem die ÖVP, sich als "wirtschaftskompetente" Partei zu profilieren, und dieses Profil in die Wiener Stadtregierung einzubringen. Mit dem Slogan "Unternehmen Wien" wird jedoch nicht nur auf die beanspruchte Wirtschaftskompetenz der ÖVP verwiesen, sondern es wird das Bild von einer Stadt als Unternehmen, eben als *enterprise*, induziert. Ein Unternehmen nämlich, dass der "Politiker mit Managementenerfahrung", Bernhard Görg, managen möchte (siehe: <http://www.oevp-wien.at/>). Der bürokratisch empfundenen SPÖ-Regierung möchte die Wiener ÖVP ein effizientes Stadtmanagement entgegensetzen.

Woraus besteht nun das Konzept einer "entrepreneurial city"?

Beim Konzept der "unternehmerischen Stadt" lassen sich im wesentlichen zwei Dimensionen unterscheiden: eine nach außen und eine nach innen gerichtete. Bei der ersten geht es vor allem um die Präsentation einer Stadt gegenüber externen Investoren, ihre Positionierung im "internationalen Städtewettbewerb". Die eher nach innen gerichtete Dimension der unternehmerischen Stadt zielt dagegen hauptsächlich auf den Umbau des Staatsapparates, im konkreten Fall also der Stadtverwaltung. Der Verwaltungsapparat soll entlang eines an unternehmerischen bzw. betriebswirtschaftlichen Organisations- und Führungsprinzipien orientierten Prozesses verändert werden.

Der Strategieplan der Wiener Stadtregierung spricht in der Tat beide Dimensionen an. Die **Außenorientierung** wird zum einen durch das generelle Leitbild für Wien und die Verortung Wiens in einem grenzüberschreitenden Städtenetzwerk und zum anderen durch die Auflistung der strategischen Projekte festgelegt. Diese Festlegung Wiens in einem internationalen Rahmen erfolgt im Strategieplan sehr widersprüchlich. Denn während einerseits häufig – wie im eben erwähnten Städtenetzwerk – von regionaler und städtischer Kooperation die Rede ist, verweisen andere Passagen auf eine offenbar keineswegs harmonische Beziehung zwischen Wien und anderen Städten. So etwa in der Aussage: "In der strategischen Ausrichtung ist zu beachten, dass sich Wien in ... einem heftigen Wettbewerb mit anderen europäischen Städten befindet. Dieser internationale Wettbewerb erfordert intensivere Anstrengungen, um die Qualität und Imagebildung des Standortes Wien zu steigern." (Strategieplan WB 32, 20)

Die **Innenorientierung** spiegelt sich im Punkt "Verwaltungsorientierung" wider, der im Strategieplan als sog. Querschnittsmaterie betrachtet wird. Das heißt, dass alle Bereiche der Stadtverwaltung von der Leitidee der Verwaltungsmodernisierung angesprochen sind. In der Leitidee spiegelt sich die Annahme von der Stadt als Unternehmen wider, der erste Satz lautet: "Der Magistrat der Stadt Wien ist ein großer Dienstleistungskonzern, dessen Kunden die Menschen dieser Stadt sind" (Strategieplan/WB 32a). Damit wird die frühere, lange Zeit schlagwortgebende Orientierung am Servicecharakter öffentlicher Institutionen noch intensiviert.

Die ÖVP verbucht die Veränderungen im Verwaltungsablauf der Stadt Wien als einen ihrer politischen Erfolge: "Externe Consulter haben auf Initiative der ÖVP Wien die gesamte Stadtverwaltung durchleuchtet. Das Ergebnis: Gute Arbeit, aber zu teuer! ...Innerhalb weniger Jahre sollen die von den Unternehmensberatern vorgeschlagenen Reformen aus dem Magistrat einen kundenorientierten Dienstleistungskonzern mit effizientem Management machen." (Siehe: <http://www.oevp-wien.at/themen/verwalt.htm>)

Die konkreten Schritte zur Umsetzung des Konzepts der "unternehmerischen Stadt" sehen in den verschiedenen Städten sehr unterschiedlich aus. Gemeinsam ist ihnen jedoch der unternehmerische *Diskurs*, der den einzelnen Maßnahmen vorausgeht. "(I)t requires that promoters of entrepreneurial cities adopt an entrepreneurial discourse, narrate their cities as entrepreneurial, and market them as entrepreneurial. This involves the articulation of diverse economic, political, and socio-cultural narratives and complementary non-narrative discourses to contextualize and reinforce calls for entrepreneurial action" (Jessop 2000, 7).

Der Strategieplan ist Teil eines solchen Diskurses, er ist ein diskursives Ereignis, ein Narrativ, das ein bestimmtes Reden über städtepolitische Aufgaben initiiert und definiert.

Derartige Diskurse bestehen sehr häufig aus inhaltsleeren Floskeln, wie etwa, dass Städte in Zukunft "unternehmerischer" handeln müssen und Politiker eine "unternehmerische Haltung" einzunehmen hätten, ohne genau zu spezifizieren, worin diese nun besteht. Solche Aussagen klingen zwar wie hohle Phrasen, doch bei kontinuierlicher Verwendung bestimmter Leitideen sorgt die Permanenz solcher Aussagen früher oder später für ihre Performanz. Setzen sich solche Ideen wirksam fest, werden alle Aktivitäten dahingehend bewertet, ob sie dem "neuen", zum Beispiel "unternehmerischen, innovativen" Denken entsprechen.

### 6.3 Entrepreneurialism und Innovation

Der Begriff der "entrepreneurial city" wird in der einschlägigen Literatur fast durchgehend in Anlehnung an die Arbeiten zu innovativen Unternehmern des österreichisch-amerikanischen Ökonomen Joseph A. Schumpeter verwendet. In seiner "Theorie der ökonomischen Entwicklung" (1912) unterscheidet Schumpeter fünf Formen unternehmerischen Handelns, die zu innovativem wirtschaftlichen Handeln führen: (a) die Einführung eines neuen Produkts oder einer neuen Produkteigenschaft, (b) die Einführung einer neuen Produktionsweise bzw. -methode, (c) die Erschließung eines neuen Marktes, (d) die Erschließung eines neuen Beschaffungsweges und (e) eine neue Organisationsweise/-form innerhalb der Branche (z.B.: Aufbrechen eines Monopols, etc.). Innovative Entrepreneurs zeichnen sich dadurch aus, dass sie ein oder mehrere dieser Formen erfolgreich nutzen. Es erklärt sich von selbst, dass Schumpeter das Handeln von Unternehmern und Unternehmen beschrieb. In den letzten Jahren gibt es jedoch zahlreiche Tendenzen, seine Beschreibung auf andere Gebiete anzuwenden, wie etwa auf den Staat und die Stadt (siehe Kurswechsel 2/2000).

Um die Frage, ob ein Staat bzw. eine Stadt einem Unternehmen gleichgesetzt werden können, entspann sich ausgehend von Michael Porters Buch "The competitive advantage of nations" (1990) eine wissenschaftliche Debatte. Porter selbst stellt eine Analogie zwischen der Konkurrenz unter Unternehmen und der Konkurrenz unter Staaten her. Heruntergebrochen auf die Stadt (vgl. Porter 1995) bedeutet dies: jede Stadt konkurriert, so wie Unternehmen auf vollkommenen Märkten, mit einer Vielzahl anderer Städte, sie verfügt über vollständige Information über die Marktbedingungen, hat den gleichen Zugang zu Ressourcen wie andere, und keine Stadt kann den "Markt" beeinflussen. Die von Porter behauptete Analogie von Stadt (Staat) und Unternehmen blieb nicht unwidersprochen. Als Argumente gegen diese Gleichsetzung werden angeführt:

- Während Unternehmen räumlich unabhängig sind, haben Städte eine örtliche Gebundenheit.
- Bei Unternehmen handelt es sich um autokratische Organisationen. So sehr man staatliche Einrichtungen hinsichtlich ihrer Bürokratie u.ä. kritisieren kann, sind sie letztendlich demokratisch gewählte Institutionen, die – zumindest mehr als Unternehmen – öffentlicher Kontrolle unterliegen.
- Das Profitmotiv ist das grundlegende Ziel jeder marktwirtschaftlichen Unternehmung. Städte hingegen haben nicht vorrangig gewinnorientierte Interessen, sondern sind anderen Motiven verpflichtet. Betriebswirtschaftliche Logik ist daher bei staatlichen Aufgaben unangebracht.

Jessop/Sum (2000) jedoch argumentieren, dass eine Interpretation in Sinne Schumpeters es zulassen könnte, Städte als unternehmerische Einheiten zu sehen:

- erstens bei folgender Anwendung des Konzeptes: "... eine Schumpeterianische Interpretation von Städten konzentriert sich auf die allgemeine Fähigkeit von Städten, stadtspezifische Innovationen zu fördern und sie geht von einem breiteren Konzept von Wettbewerb aus, das außer-ökonomische und ökonomische Faktoren berücksichtigt." (Übers. d. Verf.) und
- zweitens, wenn aus dem "entrepreneurial Narrativ" eine städtepolitische Strategie wird, die relevanten AkteurInnen auf dieses Leitbild verpflichtet werden können.

Angelehnt an Schumpeter erarbeiten Jessop/Sum fünf analytische Felder für urbane Innovation (vgl. Jessop/Sum 2000):

- Die Schaffung neuer Formen von urbanen Plätzen und Räumen. Diese Räume beziehen sich auf Tätigkeiten, die in einer Stadt von Bedeutung sind, wie: Produktion, Dienstleistungen, Arbeiten, Konsum usw. Als Beispiele für neue innovative Räume führen sie u.a. Technopole, intelligente Städte, multikulturelle Städte etc. an.
- Neue Methoden der Raumproduktion, um standortspezifische Vorteile zu gewinnen. Dazu zählen die Errichtung von neuer physischer, sozialer und kybernetischer Infrastruktur, Deregulierung, neue Formen des städtischen Arbeitsmarktes u.ä.
- Die Erschließung neuer Märkte durch Place- und City-Marketing sowie der Verbesserung der städtischen Lebensqualität, um den Konsumgewohnheiten von BewohnerInnen, PendlerInnen und BesucherInnen gerechter zu werden. Als Beispiele dieser Strategie führen Jessop/Sum Kultur, Unterhaltung, Spektakel, aber auch gentrification an.
- Das Ausfindigmachen neuer Beschaffungsquellen, um Wettbewerbsvorteile zu erringen. Dazu zählen etwa neue Formen der Migration (Green Card für qualifizierte Arbeitskräfte), das Aufspüren neuer Finanzierungsmöglichkeiten (EU-Fonds), die (Re-)Qualifizierung der lokalen Arbeitskräfte
- Neudefinition der Städte-Hierarchie bzw. die Änderung der Stellung einer Stadt in ihr. So kann zum Beispiel die Hierarchie der World und Global Cities verändert werden, Städte können sich zu Grenzregionen entwickeln usw.

Viele dieser Aspekte lassen sich in der Tat im Wiener Strategieplan finden. Fast allen Kapiteln des Planes und damit den wichtigsten Politik-Feldern Wiens ist es gemeinsam, nach neuen und innovativen Wegen zu suchen, grundlegende Neuerungen einzuleiten etc. Mit dieser Strategie steht Wien allerdings nicht alleine da. Diese Herangehensweise an stadtpolitische Aufgaben lässt sich derzeit in etlichen Metropolen Europas und vermutlich weltweit aufzeigen. Derzeit scheint es kaum alternative Stadtentwicklungsmodelle zu geben, die sich dem ideologischen Amalgam aus "Innovation, Wissen und Wettbewerbsfähigkeit" entziehen, die nicht strategische Potentiale für spezifische Standortvorteile zu entwickeln suchen, die nicht Vorzeigeprojekte aus dem Boden stampfen, um mit diesen international Aufmerksamkeit zu erregen.

So gesehen gestaltet sich der im Strategieplan vorgeschlagene Weg der Stadtentwicklung als wenig innovativ, vielmehr als imitativ, den globalen Entwicklungen hinterhereilend. Für abweichende und alternative Stadtentwicklung, für die Wien über Jahrzehnte hinweg bekannt war, bleibt bei diesem städtepolitischem "Isomorphismus" kaum mehr Platz (vgl. Becker/Novy 1999).

## 7. Anhang I: Herangehensweise dieser Studie: Wie liest man den Strategieplan? Oder: Wie liest man diese Studie?

Die kritische Auseinandersetzung mit öffentlichen Äußerungen oder diskursiven Ereignissen wie einem Strategieplan muss bis zu einem gewissen Grad auch selbstreflexive Überlegungen anstellen, und sich die methodischen Grundlagen der zu entwickelnden Analyse und Interpretation ins Bewusstsein rufen. Sie muss also immer wieder über die eigenen Instrumente der Reflexion und Auseinandersetzung nachdenken und diese - wie es übrigens auch der Strategieplan selbst zu tun beansprucht - erkennbar machen. Dies ist nicht nur als Koketterie mit Selbstkritik zu verstehen, sondern Teil der Auseinandersetzung mit dem Strategieplan, da sie hilft, Positionierungen zu einer öffentlichen Aussage zu entwickeln.

Ganz so wie der Strategieplan ernst zunehmen ist, nicht nur weil er von in der Stadt einflussreichen und mächtigen Institutionen verfasst wurde, sondern auch, weil er eine inhaltliche Aussage mit einer gewissen Eigenlogik, also eine spezifische Deutung dessen, was sein Objekt - also die Stadt Wien - zu sein beansprucht, ist. Damit aber beansprucht er auch Realitätsgehalt und Wirkmächtigkeit über seine VerfasserInnen hinaus.

Prinzipiell können diskursive Ereignisse wie der Wiener Strategieplan nach zwei Analysestrategien untersucht werden, die nicht nur auf der analytischen Ebene, sondern auch in der politischen Auseinandersetzung eingesetzt werden können: eine ideologiekritische und eine diskursanalytische. Beide Analysestrategien weisen zwar, wie erkennbar werden wird, Überschneidungen auf, lenken den Blick jedoch auf jeweils etwas andere Fragestellungen. Beide sind daher für die inhaltliche Auseinandersetzung unentbehrlich (vgl. exemplarisch Barrett 1991, Hauck 1992, Eagleton 1993).

### 7.1 Überlegungen zu einer *ideologiekritischen* Herangehensweise

Eine ideologiekritische Herangehensweise kann entlang zweier Achsen strukturiert werden. Diese betreffen zum einen das Verhältnis der Sprechenden, also der ProduzentInnen von ideologischen Äußerungen zu ihren Aussagen. Dazu gehören auch die angestrebten Effekte der ideologischen Äußerungen bei ihren AdressatInnen. Zum anderen betreffen sie das Verhältnis der jeweiligen Aussagen zu einer angenommenen/behaupteten Realität jenseits des Bewusstseins. Eine ideologiekritische Analyse des in ideologischen Äußerungen erzeugten Bewusstseins und Wissens über die Realität zielt v.a. darauf ab, die 'inhaltliche Falschheit' (vgl. Hauck 1992) ebendieses nachzuweisen und sie etwa als Schein zu entlarven. Die Kritik der ideologischen Aussagen beansprucht daher, bessere, i.e. realitätsnähere, praxisrelevantere, etc. Argumente über die Realität zu haben. Insofern diese Argumente sich im herrschaftsfreien Diskurs als 'besser' erweisen, also in Bezug auf reale Prozesse adäquater sind, wird ihnen höhere Rationalität, ein höherer aufklärerischer Charakter zugesprochen. Letzteres reicht aus, so etwa die habermasianische Annahme, dass durch den zwanglosen Zwang sich das bessere Argument durchsetzen könne.

Da dies aber eine idealtypische Annahme ist, das bessere Argument also in der Realität nicht unbedingt zwanglosen Zwang entfalten kann, folgen logisch zwei Möglichkeiten. Erstens die vorgebrachten Argumente sind nicht besser. In diesem Fall müsste eine neue Phase der Reflexion einsetzen. Oder aber zweitens der Diskurs ist nicht herrschaftsfrei. In den Auseinandersetzungen zwischen unterschiedlichen Aussagen und Argumenten geht es daher nicht einfach um die Aufklärung von Irrtümern oder (Selbst)Täuschungen.

"Ideologiekritik heißt, konkret aufzuzeigen, welche nicht-argumentativen Zwänge - welche Herrschaftseinflüsse oder -interessen - ein je bestimmtes Bewußtsein davon abhalten, dem besseren Argument zu folgen." (Hauck 1992: 132)

Aussagen, die in diesem Verständnis als ideologisch gebrandmarkt werden, erfüllen daher stets mehrere Funktionen. Sie beruhen bestenfalls auf der Selbsttäuschung der Sprechenden, die bspw. aufgrund ihrer gesellschaftlichen Position, zu bestimmten Bewusstseinsformen, Ideen und Erkenntnissen über die Verhältnisse, in denen sie sich befinden, gelangen. Dies bedeutet aber, dass sie zugleich nicht erkennen oder aktiv negieren, welche realen gesellschaftlichen Macht- und Herrschaftsverhältnisse bestimmten gesellschaftlichen Prozessen und Strukturen zugrunde liegen. Weiters können sie auf die (mehr oder weniger) bewusste Täuschung anderer Bevölkerungsgruppen und damit auf die Verschleierung und Legitimation bestimmter gesellschaftlicher Realitäten abzielen, um Kritik und Veränderung zu verhindern.

Gemeinsam ist den ideologiekritischen Analysemöglichkeiten, dass sie ideologische Äußerungen, das in ihnen verbreitete Wissen über die Realität tendenziell als 'falsches Bewusstsein' verstehen (vgl. Eagleton 1993). Kritische Analyse muss dann einerseits versuchen, die gesellschaftlichen Bedingungen für dieses Verkennen, für die Falschheit zu erfassen. Andererseits muss sie aber auch versuchen aufzuzeigen, wo und inwieweit Behauptungen über die Realität und die Realität auseinanderklaffen.

Jenseits dieser abstrakten Überlegungen bedeutet dies, dass bestimmte Aussagen im Strategieplan **erstens** als bewusste **Selbsttäuschung** der an ihrer Ausarbeitung beteiligten Personen, Institutionen und Interessen analysiert werden können. So lässt sich etwa aufzeigen, wo und inwieweit eine bestimmte wirtschaftliche Orientierung - wie etwa auf Standortwettbewerb - bestimmte technologische und infrastrukturelle Strategien (Biotechnologie) mit sozialen, auf gesellschaftlichen Ausgleich und Integration oder sanfte Mobilität ausgerichteten Ansprüchen in Widerspruch geraten (müssen).

**Zweitens** kann der Strategieplan als Versuch gelesen werden, bestimmte Prozesse, Ziele und gesellschaftliche **Verhältnisse** in der Stadt zu **legitimieren**. So etwa, wenn Strategien der Stadtregierung und mächtiger Interessen etwa in Bezug auf die Förderung bestimmter ökonomischer und technologischer Prozesse als unausweichlich und vernünftige 'best practice' dargestellt werden. Diese werden so als einzig mögliche Antwort auf gesellschaftliche Universalismen, wie etwa die vielbeschworene Konkurrenz, ökonomische Sachzwänge oder irgendwelche nicht näher benannten Tendenzen der Globalisierung oder Ausdifferenzierung gesellschaftlicher Subsysteme, begründet. Dazu gehört aber auch das Aussparen und **Verschweigen** der Relevanz bestimmter gesellschaftlicher Konfliktlagen, die sich durch die meisten gesellschaftlichen Verhältnisse ziehen (Diskriminierung von Frauen oder MigrantInnen als strukturelle Konstante in den meisten gesellschaftlichen Verhältnissen). Die Umsetzung des Planes vermittelt strategischer Projekte kann dann als integrative und antidiskriminatorische Aktivität erscheinen, auch wenn die angepeilten Maßnahmen nur eine geringe Zahl von Personen

betreffen und die strukturellen Rahmenbedingungen, die bestimmten Benachteiligungen zugrundeliegen, nicht in den Blick politischer Maßnahmen kommen.

**Drittens** kann der Strategieplan als mehr oder weniger bewusste **Täuschung** oder Manipulation der Bevölkerung und der Öffentlichkeit kritisiert werden. So wird im Plan zwar behauptet, bestimmte Dinge oder Ziele, wie etwa die Integration von Einwanderern, zu wollen und anzustreben. Tatsächlich wird aber nichts getan oder werden gar Maßnahmen ergriffen, die gegenteilige Effekte zeitigen.

In unserer Analyse des Strategieplans werden wir eine ideologiekritische Analysestrategie nur in wenigen ausgewählten Bereichen andeuten. Eine ideologiekritische Analyse des Strategieplans nach den genannten Kriterien bedarf aufgrund seines hohen normativen, auf Positivität ausgerichteten Charakters detaillierter Kenntnisse über die Realität der innerstädtischen Entwicklungen und politischen Maßnahmen und übersteigt die Reichweite dieser Studie.

## 7.2 Die diskurstheoretische Analysestrategie

In der diskurstheoretischen Analysestrategie steht die Frage nach der inhaltlichen Falschheit der Aussagen des Strategieplans und die Suche nach seinem Wahrheitsgehalt eher im Hintergrund. Die Analyse kann daher von sich nicht behaupten, von höherer Rationalität zu sein oder 'bessere Argumente' zu haben, die sich ganz zwanglos durchsetzen müssten. Sie zielt daher auch weniger darauf ab, insofern sie dies eventuell nicht tun, andere der mehr oder weniger bewussten Täuschung oder gar Manipulation zu zeihen.

Vielmehr sieht das diskursanalytische Verständnis Aussagen über die Realität gesellschaftlicher Verhältnisse in einer sogenannten 'doppelten Hermeneutik' (vg. Giddens 1988). Als solche sind sie nicht nur sprachliche Interpretation der gesellschaftlichen Realitäten, sondern wirken auf eben diese wieder ein, sind bzw. werden Teil der Realität, also der menschlichen Verkehrs- und Interaktionsformen. Politische Äußerungen, die auf Regieren abzielen, können daher "in Bezug auf die besonderen Sprachen, innerhalb derer ihre Gegenstände und Ziele konstruiert sind, im Hinblick auf die Grammatik von Analysen und Vorschriften, das Vokabular von Programmen, die Begriffe, auf denen sich die Rechtmäßigkeit von Regierung gründet (untersucht werden). Es sind solche linguistischen Elemente, woraus die Rationalität des Regierens, wie z.B. das Wohlfahrtsdenken oder der Neoliberalismus (...) erarbeitet werden und versucht wird, angemessene Grundlagen für die Organisation und Mobilisierung sozialen Lebens festzulegen." (Miller/Rose 1994: 62f)

Drei Punkte kommen durch diese Prämissen nun in den Blick:

- SozialwissenschaftlerInnen sind aufgefordert, ihren Blick auf 'Informations-Container' (Giddens), wie es eben auch Strategiepläne sind, zu richten, die nun nicht mehr einfach als ideologische Äußerungen (Legitimation, Verschleierung, 'falsches Bewusstsein'...) gesehen werden können. Diese sind selbst daraufhin zu untersuchen, wie sie **Wissen** und Sinn **produzieren** und damit **'Realität' konstruieren**, indem sie Handlungsweisen und gesellschaftliche Objekte aufeinanderbeziehen (vgl. Barrett 1991: 195). Dies eröffnet interessante Fragestellungen zum Zusammenhang programmatischer Äußerungen und der Verbindung/Artikulation verschiedener gesellschaftlicher Interessen und Gruppen, sodass diese sich in ihren Interaktionen und Verkehrsformen bewusst und sinnhaft aufeinander beziehen können.
- Weiters können öffentliche Äußerungen, wie eben ein Strategieplan, als (Teil einer) spezifischer(n) Formationen von Wissen oder Technologie des Wissens verstanden werden, die darauf abzielen, eine gültige Form von Wahrheit und damit eine **gesellschaftliche Formation zu konstruieren**. Das überschreitet klassische ideologiekritische Konzeptionen von Schein und Wirklichkeit. Vielmehr wird ganz zentral der Zusammenhang von Wissen und Macht bzw. Herrschaft angesprochen (vgl. Demirovic 1992). Es geht also darum, welche Zusammenhänge und Veränderungen von Wissen und Bedeutung zwischen eher intellektuellen Gruppierungen (PolitikerInnen, ExpertInnen...) und untergeordneten Schichten die Einbindung letzterer ermöglichen, was das Wissen einer Gesellschaft also tatsächlich praktisch werden lässt und Regierung ermöglicht, da es eben das Handeln der Menschen bestimmt und strukturiert.  
"Jeder geschichtliche Akt (...) setzt also die Erreichung einer 'kulturell-gesellschaftlichen' Einheit voraus, durch die eine Vielzahl auseinanderstrebender Willen mit heterogenen Zielen für ein und dasselbe Ziel zusammengeschweisst werden, auf der Basis einer (gleichen) und gemeinsamen Weltauffassung." (Gramsci 1991ff: 1335) So kann die Verbindung zwischen öffentlichen, programmatischen Äußerungen und konkreten gesellschaftlichen Praxen gedacht und analysiert werden, was mit dem Begriff der "Regierung", des "**Regierungsdenkens**" umschrieben werden kann. Dieser Begriff richtet "die Aufmerksamkeit auf die grundlegende Rolle des Wissens, Aspekte des Daseins denkbar und berechenbar, sowie wohlabgewogenen und planvollen Initiativen zugänglich zu machen: eine komplexe intellektuelle Arbeit, die nicht nur die Erfindung neuer Formen des Denkens, sondern auch die Erfindung neuer Verfahren der Dokumentation, Berechnung und Bewertung einschließt" (Miller/Rose 1994: 58).
- Die dritte eng mit den obigen verbundene zentrale Ebene möglicher Analysen ist die Frage nach jenen Personen oder Gruppen, nach den **AkteurInnen**, welche einerseits erst die Artikulation der verschiedenen diskursiven Elemente zu einem kohärenten Diskurs, einer kohärenten Technologie des Wissens ermöglichen, andererseits aber selbst in den Diskursen erst konstituiert bzw. adressiert werden.

Aus diesen drei Punkten ergibt sich der performative und prozesshafte Charakter diskursiver Ereignisse. Diese sind daher nicht nur Aussagen über Strategien, Verhaltensweisen, Kooperationen, sondern versuchen dies auch zugleich praktisch

werden zu lassen (vgl. Demirovic 1997). Dadurch stehen sie nicht nur praktischen Prozessen gegenüber, sondern sind zentraler Bestandteil ebendieser.

Die vorgestellten Überlegungen werden in der diskursanalytisch angeleiteten Untersuchung des Strategieplans ihre Bedeutung anhand einer Reihe von Fragestellungen erweisen, wenn die **Diskursstrategie** des Strategieplans untersucht werden soll. Dabei soll erkennbar gemacht werden, wie der **Strategieplan versucht, eine praxisrelevante Interpretation der Realität zu sein**, und also politisches Handeln anzuleiten. Dazu wird es notwendig sein, den Blick auf die AkteurInnen zu richten, die einerseits an seiner Erstellung beteiligt waren, die andererseits aber im Plan als relevante AkteurInnen angesprochen und konstituiert werden. Dazu kommen Überlegungen zur Reflexivität des Strategieplans, also zu den Aussagen und Funktionen, die der Strategieplan sich selbst als Diskurs und Prozess zuschreibt. Dabei soll gefragt werden, warum Offenheit, Prozesshaftigkeit und Veränderbarkeit zu Eckpunkten seines 'Willens zur Wahrheit' (vgl. Barrett 1991) gehören.

Diese Elemente verknüpfen sich mit zwei wesentlichen Grundzügen des Plans. Es ist einerseits ein zentrales Element des Diskurses im Strategieplan, Konflikte zwischen unterschiedlichen gesellschaftlichen Problemlagen und Interessen zu bearbeiten, damit sie einander nicht blockieren und ausschließen, sondern miteinander verbunden und ausgeglichen werden können. Dies kann durch Negieren bzw. Nicht-Ansprechen bestimmter Probleme, durch Re-definition von Konflikten - sodass gewisse Widersprüche einander nicht mehr auszuschließen scheinen - oder durch implizite Positionierungen gegen gesellschaftlich vorhandene Positionen, geschehen.

Andererseits ergibt sich die reflexive Offenheit und Veränderbarkeit des Strategieplans aus einer ganz spezifischen Interpretation der gesellschaftlichen Dynamiken, die sich in gewissen Leitbegriffen des Strategieplans wie "Innovation", "Standortwettbewerb", "Wissensgesellschaft" verdichten. Diese erscheinen als Gelenke eines neuen politischen Diskurses, der auf permanente Veränderungsfähigkeit, eben auf Innovation beruht. Diese Begriffe bestimmen im Strategieplan das Terrain für bestimmte hegemoniale Auseinandersetzungen und sind gewissermaßen Scharnierstellen der Vermittlung und des Ausgleiches unterschiedlicher Interessen und Handlungsformen.

Werden die genannten Leitbegriffe als Techniken des Wissens über die Gesellschaft und ihre Entwicklung verstanden, können bestimmte Gegenstände des "Regierens", also Innovation, Wettbewerbsfähigkeit, etc. überhaupt erst definiert - auch im Sinne von "begrenzt", oder "umrissen" -, werden. So werden also legitime und illegitime Bereiche des politischen oder staatlichen Handelns bestimmt und der Intervention (oder Nicht-Intervention) zugänglich gemacht.

## 8. Anhang II: Innovation und Wissen im gegenwärtige Transformationsprozess der Gesellschaft

Im Folgenden soll dargestellt werden, inwiefern der Innovationsbegriff, wie auch das Begriffsfeld des Wissens eine neue Form des Regierungswissens über die ökonomischen Entwicklung darstellen (s.o.), wie es etwa im Kontext neoschumpeterianischer Ansätze (vgl. Dosi et al., 1988, Freeman, 1992; Amin et al. 1994) entwickelt wurde und Begrifflichkeit in politische Strategien eingeht. Diese wissenschaftlichen Diskurse, wie auch ihre Verwendung in politischen Programmatiken zielen darauf ab, einen neuen Entwicklungspfad kapitalistischer Gesellschaften, ein neues Wachstumsmodell zu artikulieren. Hierbei spielt die Konstitution neuer policy-Felder, wie eben Innovationspolitik oder Wissensmanagement/Wissenspolitik (vgl., Lundvall/Borrás 1997, Edquist 1997, Smith 1997, Schmiede 1996) eine zentrale Rolle.

Die Konstitution eines auf Innovation und Wissen zielenden Regierungsdenkens intendiert daher eine Redefinition und Re-Integration von staatlichen Politikstrategien, Verwaltungshandeln und Unternehmensstrategien, die auf ein neues Kompromissgleichgewicht zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen und Interessen ausgerichtet sind, indem versucht wird, neue Felder der Auseinandersetzung und des Ausgleichs zu konstituieren.

### 8.1 Elemente der ökonomischen Transformationsprozesse

Zahlreiche Schlagworte der gegenwärtigen öffentlichen wie auch wissenschaftlichen Diskurse, wie z.B. Globalisierung, Internationalisierung, Wissensgesellschaft, Innovation etc., zeigen, dass das jetzige Stadium der Entwicklung kapitalistisch verfasster Ökonomien als eine Phase der Transformation, des Wandels, ja mitunter sogar der Strukturkrise aufgefasst wird (vgl. exemplarisch Brandt, 1990; Lundvall, 1997). Insbesondere in wissenschaftlichen Konzepten, welche von einer gesellschaftlichen bzw. sozio-institutionellen Einbettung ökonomischer Verhältnisse ausgehen, werden umfassende Transformationsprozesse, welche alle gesellschaftlichen Verhältnisse und Strukturen erfassen/erfassen müssen, diagnostiziert (vgl. Lipietz, 1985; Boyer, 1988).

Damit geraten sogenannte fordistische oder tayloristische Modelle der Organisation von Unternehmen, Produktionsabläufen, Management und Arbeitsplätzen (Hirsch/Roth, 1986) sowie der Regulation ökonomischer Verhältnisse im Allgemeinen, erheblich unter Druck. Die gegenwärtigen Prozesse des Wandels erfassen sowohl technologische Strukturen und ökonomische Verhältnisse, wie auch ihre soziale und institutionelle Einbettung.

In vielen wissenschaftlichen Auseinandersetzungen wird dabei immer wieder auf ein Auseinandertreten, einen 'mismatch' (Carlita Perez) der vorherrschenden Formen der Akkumulation, bzw. des technisch-ökonomischen Systems und der hegemonialen Wege politischer und ökonomischer Regulation verwiesen (vgl. Lipietz, 1985; Dosi u.a., 1988).

Eine erschöpfende Darstellung der Ursachen der angedeuteten Transformationsprozesse ist an dieser Stelle nicht möglich. Verwiesen wird bei Analysen in diesem Zusammenhang jedoch u.a. immer wieder auf die Entwicklung neuer Technologien und Materialien (vgl. Zuscovitch/Willinger, 1988) - hier sind insbesondere Mikroelektronik und die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien zu nennen -, denen eine Schlüsselrolle (vgl. Schmiede 1996, Sauer/Lang 1999) aufgrund der ihnen immanenten Möglichkeiten zur Steigerung der Produktivität, Reduktion aller Faktorkosten und umfassenden Anwendbarkeit in allen Sektoren und Branchen zugeschrieben wird. Diese potentiellen Vorteile neuer Technologien, so die Analysen, stoßen jedoch auf gewisse Rigiditäten und Inflexibilitäten der überkommenen Produktionsweise (vgl. Lipietz, 1985, 124f). Die Flexibilisierung und De- bzw. Reregulierung der arbeits- und produktionsspezifischen Verhältnisse zur Dynamisierung der Transformation - i.e. beispielsweise zur Steigerung der Innovationsfähigkeit - wurde daher in den letzten zwei Jahrzehnten zum Dreh- und Angelpunkt politischer Auseinandersetzungen um die soziale Verträglichkeit und Profitabilität der sich eröffnenden Optionen.

In der Frage der Umgestaltung, des Prozesses notwendiger Transformation rücken damit aber auch zwei für das Erkenntnisinteresse dieser Studie zentrale Aspekte in den Mittelpunkt des wirtschaftlichen Geschehens. Diese umfassen einerseits die Frage nach der Richtung, Rolle und Bedeutung und (wirtschaftlichen und gesellschaftlichen) **Innovationsgeschehens** - also der Einführung der neuen Technologien und Organisationsformen - und andererseits die Frage der Voraussetzungen und Bedingungen dieser Prozesse. Beide Dimensionen verdichten sich im Problem des Wissens, dessen Erzeugung und Aneignung, und damit auch der (Re-) Qualifizierung von Arbeitskräften.

Im Folgenden soll nun versucht werden den Zusammenhang von Innovation und Wissen im Hinblick auf die gegenwärtigen Transformationsprozesse näher zu begründen.

### 8.2 Innovation und lange Wellen

In einer sehr basalen ersten Definition können Innovationen als neue Wege, Dinge zu tun (vgl., Perez, 1987: 28), verstanden werden.

Eine umfassende empirische und theoretische Bearbeitung des Problembereichs technischer Wandel und Innovation wird insbesondere im Rahmen sogenannter Neo-Schumpeterianischer Ansätze versucht (vgl. Dosi u.a. 1988, Freeman (Hg.) 1987, Freeman 1992, Amin (Hg.) 1994, kritisch, Rosenberg/Frischtak 1986).

Diese gehen von der sogenannten Theorie der 'Langen Wellen' - den 'Kondratieffzyklen' - (vgl. Dosi u.a. 1988, Amin (Hg.) 1994, Ratz 1997) in der Konjunktorentwicklung aus, welche verschiedene historische Phasen des Aufschwungs, der Stagnation und des Niedergangs der ökonomischen Dynamik zu bestimmen versucht. Grundlage derartiger Konjunkturzyklen, so die Annahme, stellen spezifische Schlüssel- oder Basisinnovationen dar, welche einen ganzen

Schwarm oder Cluster von weiteren Innovationen nach sich ziehen und eine mehrere Jahrzehnte umfassende Phase dynamischer Entwicklung ermöglichen.

Während ein derart umfassend gewordenes Produktionsparadigma dabei einen Prozess der Reifung durchmacht und ein bestimmter industrieller oder Produktionszyklus des Aufstiegens und Alterns von Industrien zustande kommt (vgl. Coombs 1988), entstehen verstreut verschiedene neue grundlegende Innovationen, welche schließlich in der Phase der Rezession in mannigfaltigen Adaptierungsprozessen die ökonomischen Verhältnisse, wie auch ihre sozio-institutionelle Einbettung derart verändern müssen, dass ein weiterer Kondratieff-Zyklus entstehen kann.

Vor diesem Hintergrund eines evolutionistischen Verständnisses der Entwicklung kapitalistischer Gesellschaften ist daher die gegenwärtige Entstehung einer sogenannten Informations- bzw. Wissensgesellschaft zu sehen, welche den industriellen Kapitalismus und seine ihm typischen Arbeits- und Produktionsformen ablösen soll. Dieser Übergang ergebe sich aus einer innovationsinduzierten Veränderung des primären Faktors in der Schaffung gesellschaftlicher Reichtümer, welcher nun auf Informations- und Kommunikationstechnologien sowie einer damit verbundenen Informatisierung der Arbeit beruhe. Die qualitative, grundlegende Veränderung, die Frage der Innovations-, Adaptions- und Lernfähigkeit moderner Gesellschaften, also ihrer Kapazität, rasch neues Wissen zu schaffen, sich anzueignen und zu nutzen, wird zum zentralen Problemfeld wissenschaftlicher und politischer Auseinandersetzungen und Handlungsfelder.

### 8.3 Ökonomische Verhältnisse und Innovation

Im zyklischen oder evolutionären Verständnis der ökonomischen Entwicklung muss daher die **Frage des Wandels und der Innovation** zum fundamentalen, jeglichen möglichen Aussagen und Analysen immanenten Problem werden (vgl. Dosi u.a. 1988).

Damit unterscheidet sich diese Konzeption grundlegend etwa vom überkommenen neoklassischen Verständnis ökonomischer Entwicklung, welches Innovation als externes und lineares Problem auffasst (vgl., ders. 1988: 14, Lundvall 1997) und die Frage des Wandels bzw. von Zukunftsmärkten letztlich zu Epiphänomenen der grundlegenden Gleichgewichts-Konzeption werden lässt und damit als ökonomisches Wissen in Perioden stabiler und langfristig extrapolierbarer Entwicklungen erscheint.

"In the most abstract and basic models (...) technology appears as a factor which is completely exogenous. It comes as manna from heaven and all agents have equal access to it. In such a world there would be little technical progress - what came along would mainly be accidental and unintended by-products of other activities." (Lundvall, 1997, 32)

Dem steht die neo-schumpeterianische Konzeption gegenüber, welche davon ausgeht, dass technischer **Wandel zu jeder Zeit** auftritt und von profit-orientierten Akteuren ausgeht, welche auf industrieendogene Reize (etwa von den KonsumentInnen) reagieren (vgl. Dosi/Orsenigo 1988: 15). Wandel kann daher nicht als marginales Phänomen betrachtet werden (vgl. Lundvall 1997: 34).

Die Prozesse des Wandels bzw. der Innovation stellen im schumpeterianischen Verständnis den Impuls dar, welcher die dynamische Entwicklung der kapitalistischen Ökonomie antreibt.

Innovationen und Wandlungsprozesse treten im hier vorgestellten Verständnis zwar permanent, aber doch in bestimmten zu identifizierenden Zyklen auf, was in weiterer Folge (s.u.) eine Differenzierung zwischen verschiedenen Arten der Innovation notwendig und möglich macht.

### 8.4 Eine Definition von Innovation

Eine erste Definition von Innovation könnte folgende Elemente und Aussagen umfassen: Als endogener Faktor des ökonomischen Prozesses werden Innovationen als nicht-linearer, komplexer, auf Interaktion beruhender Prozess aufgefasst (vgl., Lundvall, 1997, 35). Als Innovation gelten nach Dosi (vgl., ders. 1988: 222), die Suche und Entdeckung von, das Ausprobieren, Entwickeln, Imitieren und Übernehmen, neuer Produkte, Produktionsprozesse und organisatorischer Set-ups.

Als zentrale Elemente des innovatorischen Prozesses müssen nach Dosi (ebda.) Unsicherheit und kumulative Effekte angesehen werden. Unsicherheit deswegen, da die zu suchenden, zu entwickelnden und zu realisierenden Neuerungen/Problemlösungen und deren Konsequenzen nicht vor dem Prozess des Innovierens gewusst werden können, da es sich sonst definitionsgemäß nicht mehr um Innovationen handeln kann.

Innovationen sind weiters, wie in den obigen Ausführungen schon angedeutet wurde, ein selbst zu problematisierender Prozess, der auf einigen 'Paradoxien' beruht (vgl. Simonis 1999, Sauer/Lang 1999). Denn obwohl Innovationen Handlungsmöglichkeiten ökonomischer oder gesellschaftlicher AkteurInnen erweitern, Unsicherheit in gesellschaftlichen Interaktionen reduzieren und die Reproduktion der gesellschaftlichen Zusammenhänge garantieren sollen, wird durch die Entscheidung für eine Innovation gleichzeitig auch die Zahl alternativer Handlungsmöglichkeiten reduziert, sodass andere Entwicklungen erschwert und verhindert werden und die Gesellschaften in einen gewissen Entwicklungspfad - etwa in Bereichen der Energieproduktion, Mobilität, Landwirtschaft - eingeschlossen werden können. Dies erzeugt neue Unsicherheit, da die nicht-intendierten Wirkungen und Effekte neuer Technologien, die erst in ihrer Anwendung und ihren Risiken sichtbar werden, massive Gefährdungen nach sich ziehen können. Damit aber kann die Reproduktion der Gesellschaft auf lange Sicht destabilisiert und gar gefährdet werden, wie dies ja eine Grunderkenntnis des Ökologiediskurses ist. Einfach ausgedrückt bedeutet das nichts anderes, als dass die Erfindung und Einführung neuer Technologien - ein gutes Beispiel liefert die Atomenergie - unbekannte Gefahren nach sich ziehen kann, welche die Gesellschaften weit über die gegenwärtigen Generationen an gewisse Probleme/Technologien bindet und damit die Möglichkeiten und Entwicklungspotentiale zukünftiger Generationen bedrohen kann (vgl. Demirovic 1988, 1997). Hieraus ergibt sich das

Problem der **Zukunftsfähigkeit**, ein Begriff der auch im Wiener Strategieplan immer wieder auftaucht, wie auch der **Nachhaltigkeit**.

"Die sozialen und ökologische Folgen neuer Technologien können nicht vollständig vorweg abgeschätzt werden; erst ihr Gebrauch und ihre Entwicklungsdynamik können hinreichend Auskunft über die Nutzungs- und Schadenspotentiale geben. Die Informationen, die für eine zukunftsfähige Gestaltung neuer Technologien notwendig wären, sind also nur unvollständig zu antizipieren." (Sauer 1999: 18)

Zukunftsfähig sind Innovationen also dann, wenn ihre Effekte auf Dauer nicht die gesellschaftliche Unsicherheit in einem Ausmaß erhöhen, dass die Reproduktion der Gesellschaft destabilisiert wird. Dies schließt Fragen der Reversibilität gewisser Entwicklungen mit ein, es erklärt aber auch, warum das Wissensproblem in einer auf permanente Innovation ausgerichteten Wirtschaft so zentral wird.

## 8.5 Innovation und Entscheidung

Innovationen als Prozess sind das Resultat individuellen und organisatorischen Handelns, das von Schumpeter als 'produktive Zerstörung' zur Durchsetzung von Neuem bezeichnet wurde.

Veränderung, Innovation ist daher im schumpeterianischen Verständnis eine eigenständige Funktion des Unternehmers. Sie ist nicht eine Leistung des Verstandes, der rationalen Planung sondern des *Willens und der Entscheidung*. Beeinflusst vom Zeitgeist der 20er Jahre zielt sie bei Schumpeter ganz klar auf *Führung* ab, die wesentlich darin besteht, die erkannten Neukombinationen der Produktionsmittel *durchzusetzen* (vgl. Schumpeter 1987: 60, 1952: 128f). Die Funktion von Führung besteht in der Revolutionierung der Ökonomie (vgl. Schumpeter 1957: 130), in der Erhaltung der kapitalistischen Ordnung durch Veränderung. "Das Wesen der Führerschaft ist Initiative, nicht (...) im Sinn gedanklicher Initiative, also etwa der Konzeption neuer Ideen, sondern im Sinne praktischer Initiative, also über Entscheidung über das, was geschehen soll und von Durchsetzung dieser Entscheidung (...)." (Schumpeter 1987: 149)

Innovatorisches Handeln der Unternehmer bzw. unternehmerischer Organisationen soll die "Erkenntnis und Durchsetzung" (Schumpeter) "neu(er) Kombination(en) vorhandener Produktionsmittel" (Schumpeter 1987: 59, Hervorhebung R.A.), "bisher in der Praxis unerprobte(n) Verwendungen" (ebda.) der produktiven Ressourcen (vgl. auch Schumpeter 1952: 100f) ermöglichen.

Dies schließt zum einen neben dem Einsatz neuer Technologien die Erhöhung der Möglichkeiten der Kombination des Faktors Arbeitskraft mit anderen Produktionsmitteln ein, worauf etwa die Flexibilisierung der Arbeitsmärkte abzielt. Zum anderen wird dies aber auch durch den flexibleren funktionalen Einsatz (Job-Enrichment) der Arbeitskraft und durch Strategien der Höherqualifikation erreicht, welche v.a. die 'Erkenntnis' der neuen Möglichkeiten im Produktionsprozess selbst unterstützen sollen. Diese Veränderungen schaffen die Bedingungen dafür, etwas außerhalb der Norm Stehendes zu tun - "schöpferisch zu reagieren".

"(...) schöpferisches Reagieren (hat) (...) etwas zu tun (a) mit den Qualitäten der in einer Gesellschaft lebenden Menschen, (b) mit den relativen Qualitäten der Menschen, d.h. mit den für einen bestimmten Tätigkeitsbereich verfügbaren Qualitäten relativ zu gleichzeitig für andere Bereiche verfügbaren Qualitäten, und (c) mit individuellen Entscheidungen, Handlungen und Verhaltensmustern." (Schumpeter, 1987: 184)

Formen rationaler Planung, wie sie in den bürokratisch organisierten Unternehmen des Fordismus institutionalisiert wurde, erscheinen schumpeterianischen Diskursen als Quellen von Misserfolgen, welche die Unternehmerfunktion beeinträchtigen und bedrohen. Innovation bedeutet definitionsgemäß Dinge zu tun, die vorab nicht bekannt sind (Dosi 1988: 222). "Innovation is in many respects a phenomenon that is incompatible with basic assumptions made in standard economics. It is (...) difficult to argue that agents can engage in rational calculation around phenomena not yet defined (innovations). (...) purely instrumental and strategic behaviour will be self-defeating for the parties involved." (Lundvall/Borras 1997: 34f)

Der innovatorische Unternehmertyp pflegt dem schumpeterianischen Verständnis gemäß keinen 'rationalen und hedonischen Einzelegoismus' und produziert nicht um zu konsumieren. Dieser würde die unternehmerische Funktion bedrohen, da ein Zustand der Bedürfnisbefriedigung den Anreiz für weitere Unternehmungen reduzieren würde. "Der typische Unternehmer fragt sich nicht, ob jede Anstrengung, der er sich unterzieht, auch einen ausreichenden 'Genussüberschuss' verspricht. (...) Er schafft rastlos, weil er nicht anders kann, er lebt nicht dazu, um sich des Erworbenen genießend zu erfreuen." (Schumpeter 1952: 137) Der in diesem Verständnis nicht nachvollziehbare Wusch nach Genuss wird als 'Erlahmen' und 'Vorbote des physischen Todes' gesehen (ebda.). Schumpeterianischer Unternehmertegeist und Rückbau des Wohlfahrtsstaates bedingen einander.

## 8.6 Innovation, Lernen und Wissen

Jenseits irgendwelcher Mythologisierung der Unternehmerfunktion ist empirisch feststellbar, dass das Auftreten und die Konkretisierung von Innovationen, an gewisse Zyklen gebunden ist, was zu verschiedenen Mustern des technischen Wandels, welche nicht als einfache und flexible Reaktionen auf Änderungen der Marktnachfrage beschrieben werden können, führt, kann die Bedeutung kumulativer Effekte im Innovationsprozess folgendermaßen bestimmt werden.

"(i) (...) it seems that the directions of technical change are often defined by the state-of-the-art of the technologies already in use; (ii) quite often, it is the nature of technologies themselves that determines the range within which products and processes can adjust to changing economic conditions; and (iii) it is generally the case that the probability of making technological advances in firms, organisations and often countries, is among other things, a function of the technological levels already achieved by them. In other words, technical change is a **cumulative process**." (Dosi, 1988, 223; Hervorh. der Verf.)

D.h., bestimmte Entwicklungsrichtungen sind nur unter bestimmten Bedingungen möglich. Derartige Bedingungen können z.B. infrastrukturelle Aspekte (Datenhighway, Straßen...) oder die Existenz eines bestimmten Innovationen generierenden Wissenschaftssystems von Forschung und Entwicklung - sei es auf nationaler oder auch betriebsinterner Ebene -, umfassen. Auch ist hier auf den vorhandenen Qualifikationsbestand des sogenannten Human-Kapitals, welcher als Vorbedingung für die praktische Umsetzung bestimmter Innovationen, die etwa einen hohen technologischen Level, oder auch spezifische Formen der Arbeitsorganisation nach sich ziehen, gesehen werden kann, zu verweisen.

Dass weiters Innovation nicht, wie im klassisch-schumpeterianischen Verständnis auf die einsame Entscheidung des Innovateurs-Entrepreneur reduziert werden kann (vgl. Ratz: 1997), sondern als umfassender sowohl die gesamte unternehmerische Organisation betreffender und fordernder als auch die gesellschaftlicher Einbettung ökonomischer Entwicklungen betreffender praktischer Prozess verstanden werden muss, wird auch durch die folgenden weiteren innovationsrelevanten Elemente, die von Dosi genannt werden, deutlich. Innovationen fallen eben nicht wie Manna vom Himmel, sondern entstehen in mannigfaltigen Prozessen des 'learning-by-doing' bzw. des 'learning-by-using'.

"That is, people and organisations, primarily firms, can learn how to use/improve/produce things by the very process of doing them, through their 'informal' activities of solving production problems, meeting specific customers requirements, overcoming various sorts of 'bottlenecks', etc.." (Dosi, 1988, 223)

Unter dem Blickwinkel von Wandlungs- und Innovationsprozessen rückt daher die Frage der Lernfähigkeit, der Generierung, Sammlung, Selektion und Verarbeitung von Information und ihrer Umsetzung zu neuen Fähigkeiten als zentraler Mechanismus der Adaptation der ökonomischen AkteurInnen in einer sich permanent wandelnden Umwelt in den Mittelpunkt des Interesses, womit ein weiterer Aspekt des Zusammenhangs von Innovationsfähigkeit und Wissen offensichtlich wird.

"As a consequence, 'order in change' is generated by varying combinations of (a) learning, (b) selection mechanisms, and (c) institutional structures." (Dosi/Orsenigo, 1988, 25)

Diese Thematik muss als grundlegendes Bindeglied zwischen Innovation als praktischem Prozess und der Entwicklung von Wissen als zentralem Produktionsfaktor erkannt werden.

Ein derartig weiter Begriff von Wissen und Lernen kann daher die Frage des 'Wissensmanagements' und des damit verbundenen Aufbaus neuer Qualifikationen, also profitschaffender Fähigkeiten ökonomischer Akteure, nicht auf einen engen Begriff von Information im Sinne kodifizierbarer Fakten reduzieren, weil dies letztlich mit der grundlegenden Konzeptualisierung von Innovation inkohärent wäre. Die Frage der Unsicherheit im Innovationsprozess und dessen kumulativer Charakter würde dadurch auf eine Frage der Anwendbarkeit, Aneignung, Speicherung und Zugänglichkeit von bereits definierten Informationen reduziert und könnte damit den obigen Bestimmungen nicht mehr gerecht werden.

Vielmehr muss gerade aus der Perspektive der Innovation und des Wandels verstanden werden, dass die Frage der Lernfähigkeit sich auf Wissen bezieht, welches über kodifizierbare ('computable') Fakten hinausgeht und vielmehr auch bestimmte Theorien, hermeneutische und interpretatorische Verfahren darüber umfasst, wie bestimmte Informationen gesammelt, selektiert, verarbeitet und in neue Fähigkeiten umgesetzt werden ('tacit skills').

Die Steigerung der Lernfähigkeit der ökonomischen Akteure, egal ob es sich um ArbeitnehmerInnen oder Organisationen handelt, wird damit, so Lundvall, zum zentralen Erfordernis in einer auf rapiden Wandel ausgerichteten Umwelt. Dies gilt für Fragen der Organisationsentwicklung (vgl. Schlittler, 1991, 119ff) genauso, wie für die Qualifikationsentwicklung der ArbeitnehmerInnen.

Der diesen Überlegungen zugrundeliegende Wissensbegriff kann daher nicht mehr statisch als bestimmtes Set von Fähigkeiten aufgefasst werden, welche dem Beschäftigten eine Erfüllung seiner Arbeit im Produktionsprozess ermöglichen soll. Vielmehr gilt,

"that a fundamental requirement for qualifications will be that employees have the background necessary to absorb new knowledge and to be creative in combining old pieces of knowledge in new ways. This puts new demands on education and training institutions." (Lundvall, 1997, 60)

Dieser weite Wissensbegriff wird auch im Strategieplan verwendet. In diesem Sinne wird auch beständig zur **Aktivierung des in Wien vorhandenen Wissenspotentials** aufgerufen.

## 8.7 Radikale und inkrementelle Innovationen

Eine grundlegende Spezifikation der verschiedenen Innovationsprozesse muss vorgenommen werden, welche gleichzeitig im neo-schumpeterianischen Verständnis zum zentralen Element des zyklischen Charakters der ökonomischen Entwicklung wird.

Es ist nämlich in technologischen Wandlungsprozessen zwischen sogenannten radikalen und inkrementellen Innovationen zu unterscheiden (vgl. exemplarisch, Freeman 1992: 77; ders./Perez 1988: 45f; Brandt, 1990).

**Inkrementelle Innovationen** finden mehr oder weniger kontinuierlich statt - wenn auch nicht in gleichem Ausmaß in jeder Branche zu jeder Zeit - und umfassen technische, organisatorische und qualifikatorische Verbesserungen. Sie können als Ergebnis der oben angeführten Prozesse des 'learning-by-doing' bzw. des 'learning-by-using' angesehen werden. Die Variabilitäten ihres Auftretens hängen nach Freeman/Perez (1988) von verschiedenen Faktoren ab, zu denen etwa die Veränderungen der Nachfrage, technische Möglichkeiten und Entwicklungspotentiale, wie auch sozio-kulturelle Faktoren gehören.

"Although their combined effect is extremely important in the growth of productivity, no single incremental innovation has dramatic effects, and they may sometimes pass unnoticed and unrecorded. However, their effects are apparent in the steady growth of productivity (...)" (Freeman/Perez, 1988: 46)

In diesem kontinuierlichen Prozess können zwar die existierenden technischen wie organisatorischen Möglichkeiten optimiert werden, die spezifischen Grenzen der jeweiligen Technologie bleiben jedoch unüberschreitbar.

Neo-schumpeterianische Ansätze unterscheiden diese Innovationsform daher von sogenannten **radikalen Innovationen**, was auf das diskontinuierliche Verständnis der Konjunkturzyklen, welche diesen Ansätzen zu eigen ist, verweist.

”These (radikale Innovationen, der Verf.) are discontinuous events and in recent times are usually the result of a deliberate research and development activity in enterprises and/or in university and government laboratories. (...), whenever they may occur, they are important as the potential springboard for the growth of new markets, and for the surges of new investment associated with booms. They may often involve a combined product, process and organisational innovation. (...), they do bring about structural change but in terms of their aggregate economic impact they are relatively small and localised, unless a whole cluster of radical innovations are linked together in the rise of new industries and services (...).” (dies. 1988: ebda.)

Definitionsgemäß, so Freeman (vgl., ders. 1992: 80) ziehen derartig clusterartig auftretende radikale Innovationen neue Qualifikationserfordernisse, neue Formen der Arbeitsorganisation und der Managementpraktiken nach sich. Sie stellen aber auch, so kann weiter geschlussfolgert werden, neue Ansprüche an Politik und Verwaltung und bringen auch für nicht-ökonomische Verhältnisse neue Problemlagen mit sich, die als Inhalt und Gegenstand demokratischer Einbettung und Regelung innovatorischer Prozesse erkannt werden müssen.

Auf Grundlage dieser nun vorgestellten Unterscheidung wird nun ein vertiefteres Verständnis der zyklischen und diskontinuierlichen Konzeption der ökonomischen Entwicklung im Kapitalismus möglich, welches mit dem Auftreten der verschiedenen Innovationsarten verbunden wird

Das diskontinuierliche Auftreten von grundlegenden technischen Neuerungen führt schließlich zu sogenannten Clustern oder Schwärmen von Innovationen (vgl., Freeman, 1987, 12f) Diese beruhen auf miteinander verbundenen Familien von Innovationen und beruhen auf einigen Basis- oder Schlüsseltechnologien, die zahlreiche andere technische Änderungen nach sich ziehen.

Das bedeutet, dass eine bestimmte Neuerung, wie bereits ausgeführt, eben auf bestimmten Entwicklungen aufbauen können muss, um ihre Wirkungen zu entfalten, was auf die bereits erwähnten kumulativen Effekte von Innovationen verweist.

Wenn nun derartige Innovationscluster tatsächlich weitreichende Änderungen der technologischen Organisation der Produktion induzieren und verschiedene Branchen betreffen oder gar neue Sektoren entstehen lassen, werden diese unter dem Begriff des **‘technologischen Systems’** oder **‘technologischen Paradigmas’** zusammengefasst.

Damit wird eine bestimmte Konstellation von Innovationen beschrieben, welche aus einer Kombination von radikalen und inkrementellen, wie auch organisatorischen und manageriellen, also auch die innerbetriebliche Arbeitsorganisation betreffenden Innovationen bestehen und einen bestimmten Entwicklungspfad induzieren können (vgl., Dosi 1988: 224f, Freeman/Perez 1988: 46f, Coombs 1988: 302f).

Wenn die angesprochenen Veränderungen so weitreichend sind, dass sie die gesamten ökonomischen Verhältnisse in ihrer sozialen Einbettung erfassen, also von einer **‘technologischen Revolution’** und der Durchsetzung einer neuen Schlüsseltechnologie gesprochen werden kann, dann findet im neoschumpeterianischen Verständnis ein Übergang zu einer neuen ‘langen Welle’, einem neuen Konjunkturzyklus statt (vgl. Freeman/Perez 1988: 47).

Diese aber erfasst dann nicht nur die ökonomischen Verhältnisse im engen Sinne, sondern erfordert auch den Blick auf Anpassungserfordernisse und -prozesse im sozio-institutionellen Bereich, welche in vielfältigen Rückkoppelungsprozessen die Entwicklungslinien und Möglichkeiten der technisch-ökonomischen Entwicklung bestimmen können, sei es fördernd oder hemmend.

## 8.8 Die soziale und institutionelle Einbettung eines technologischen Paradigmas

Wenn also gilt, dass Innovationen keine randständigen, sondern ubiquitäre Phänomene ökonomischer Verhältnisse (vgl. Lundvall, 1997, 34) sind, welche jedoch gewissen Zyklen folgen, und als komplexe, interaktive, auf Unsicherheit beruhende Prozesse verstanden werden müssen, dann werden, so Lundvall, gewisse Vorstellungen innovationsbewirkender oder -hemmender Marktmechanismen obsolet und damit die Vorstellung von gerade im Bereich von Innovationen Marktversagen kompensierenden Staatseingriffen, wie dies normalerweise im neoklassischen Verständnis begründet würde (vgl. Lundvall 1997: 32f):

”We might characterise this as a kind of market failure because the pure market, assumed in the theoretical models, fails to support innovative activities. But if we do, market failure is everywhere, and the concept becomes less useful. Innovation is in many respects a phenomenon that is incompatible with basic assumptions made in standard economics. It is, for instance, difficult to argue that agents can engage in rational calculation around phenomena not yet defined (innovations). When agents collaborate in developing new knowledge, purely instrumental and strategic behaviour will be self-defeating for the parties involved.” (ders. 1997, 34f) (Hervorh. der Verf.)

Hier liegt aber nun das grundlegende Problem der neoschumpeterianischen Ansätze zum Zusammenhang von Innovationen, Technologien und Konjunkturzyklen (vgl. Amin (Hg.), 1994). Zwar kann aufgrund der verschiedenen Elemente des Innovationsprozesses (s.o.) die Notwendigkeit spezifischer sozio-institutioneller Rahmenbedingungen - welche etwa den Aufbau bestimmter Qualifikationspotentiale, Innovationsförderungen, F&E-Systeme etc. umfassen - begründet werden, doch wird die konkrete Konfiguration bestimmter institutioneller Sets und staatlicher Regulierungsformen sowie die zu bildenden Qualifikationen allzu leicht aus angenommenen Notwendigkeiten der technische Paradigmen abgeleitet (vgl. Boyer 1988, Hirst/Zeitlin 1991), welche gewissermaßen in einer Art Ex-post Funktionalismus behaupteten Sachzwängen nachzukommen haben.

In der grundlegenden Annahme neo-schumpeterianischer Ansätze wird davon ausgegangen, dass zwischen bestimmten technischen Paradigmen und den sozio-institutionellen Rahmenbedingungen eine gewisse Korrespondenz bestehen muß, damit die technische Möglichkeiten überhaupt realisiert werden können.

Diese Korrespondenz, so die Annahme, ist insbesondere in den Aufschwungphasen der verschiedenen Konjunkturwellen der Fall. Hohe Prosperität ist die Folge. In einer sogenannten Abschwungphase, in der das überkommene Paradigma an seine

Grenzen stößt und sich bestimmte Elemente eines neuen abzeichnen, kommt es zu einer Periode der Inkohärenz oder des 'mismatch' zwischen diesen beiden gesellschaftlichen Ebenen.

"It shows the need for a full-scale reaccommodation of social behaviour and institutions to suit the requirements and the potential of a shift which has already taken place to a considerable extent in some areas of the techno-economic sphere. This reaccommodation occurs as a result of a process of political search, experimentation and adaptation, but when it has been achieved (...) the resulting good 'match' facilitates the upswing phase of the long wave." (Freeman/Perez 1988: 59)

Obwohl Freeman und Perez betonen, dass ein derartiger Adaptionsprozess konfliktgeleitet ist und relativ ungleichzeitig zwischen verschiedenen nationalen Kontexten verläuft, kritisiert etwa Boyer (1988) den techno-deterministischen Tenor dieser Ansätze "according to which economic growth as well as most social institutions derive from purely technical matters" (ders. 1988: 67). Obwohl also die Bedeutung sogenannter 'sozialer Innovationen' prinzipiell anerkannt wird, bleiben sie doch alles in allem relativ unterbeachtet, insofern sie nicht aus bestimmten Erfordernissen technologischer Wandlungen abgeleitet werden können (vgl. Elam 1994: 46f).

"This may in turn be seen as a reflection of a pre-existing reticence within the neo-Schumpeterian perspective to deal with social relations in general. Tangible but impersonal technologies have always been given precedence over the less palpable forces shaping economy and society. Even within the techno-economic sphere itself, the realm of embodied technology has continually dominated over that of disembodied technology, which can now all too easily fall into a catch-all socio-institutional context (...)" (Elam, 1994, 46f)

Was bei Schumpeter als psychologische Qualität des Unternehmers, der dem Zeitgeist gemäß als Betriebsführer Träger einer dezisionistischen Weltanschauung auf Betriebsebene werden sollte, wirft also heute die Frage nach der gesellschaftlichen Einbettung von Innovationen und technischen Wandlungsprozessen auf.

**Gegen ein einseitiges Verständnis innovatorischen Handelns als besondere Fähigkeiten kreativer, gestaltungsfreudiger, entscheidungsfähiger Tatmenschen ist ein sozialwissenschaftliches Verständnis der Fähigkeit zur Innovation zu entwickeln.** Dieses müsste innovatorisches Handeln aus relationaler Perspektive konzeptionalisieren, also als spezifische Handlungskapazität von Personen oder Organisationen, die sich aus den sozialen Verhältnissen, in die sie eingebettet sind, oder aus denen sie bestehen ergibt. Die Möglichkeit Veränderung, also Innovationen einzuführen und durchzusetzen, könnte dann mit der spezifischen Organisation der gesellschaftlichen Arbeits- und Produktionsverhältnisse verbunden werden. Wissensstrategien, Programme zur Höherqualifizierung und Reorganisation innerbetriebliche Organisationsstrukturen (Job-Enrichment, Job-Enlargement...), die Flexibilisierung der Arbeitsmärkte und die Verbetrieblichung von Arbeitsbeziehungen und Lohnverhandlungen werden dann als Aspekte zur Steigerung der Innovationsfähigkeit kapitalistischer Ökonomien erkennbar, da sie auf die bedarfsspezifische Erhöhung der Kombinationsmöglichkeiten des Faktors Arbeitskraft mit anderen Produktionsfaktoren abzielen.

Die Unternehmerfunktion Innovation, deren Ursprung schon Schumpeter sich schwer tat zu bestimmen, und die er als manchen Individuen gegebene natürliche, jedoch nicht permanent realisierbare Fähigkeit sah, wird so auch zum Inhalt staatlicher Politik. Anerkannt wird dadurch die Nicht-Voraussagbarkeit und Nicht-Steuerbarkeit der Prozesse der Erneuerung und der Transformation der Ökonomie. Aufgeworfen werden jedoch auch die Fragen nach der Entwicklung und Umsetzung politischer Maßnahmen, also die Frage, wer Entscheidungen treffen kann und wie diese vorbereitet werden. Gerade aus demokratietheoretischer Perspektive stehen sich daher eine unternehmerische Konzeption von staatlicher Politik und eine auf die Ausweitung von demokratischer Partizipation orientierte gegenüber.

Wenn Innovationen nicht zu wachsender Unsicherheit führen, die Handlungsmöglichkeiten moderner Gesellschaften nicht auf Dauer einschränken und damit ihre zukunftsfähige Entwicklung nicht gefährden sollen, ist Partizipation aus folgenden Gründen bedeutsam.

" - Zukunftsfähigkeit ist ein offenes Konzept, das einer ständigen Reflexion, Rückbindung mit sozialen Entwicklungen und einer möglichst breiten Einbindung gesellschaftlicher Kräfte bedarf;

- eine Rückkopplung mit Nutzern ist von genereller Bedeutung für Technikentwicklung - und besonders für eine zukunftsfähige Technikentwicklung, die auch den Anspruch der Sozialverträglichkeit, d.h. die intensive Berücksichtigung von Nutzerinteressen, hat; verstärkte Partizipation kann insbesondere die soziale Einbettung von Technologien fördern;

- zukunftsfähige Technikentwicklung ist in weiten Teilen ein politisches Konzept, das nach einer stärkeren Demokratisierung des Technikgestaltungsprozesses verlangt. (...) Dadurch gewinnen soziale Aushandlungsprozesse und deren Moderation an Bedeutung." (Rohracher 1999: 184)

**Das bedeutet, dass auch in der vielbeschworenen Wissensgesellschaft, die als Ergebnis der gegenwärtigen Phase radikalen technologischen Wandels, Fragen der Demokratie und der Partizipation sich nicht von selbst ergeben, sondern gerade wegen der Fragen, wer über Innovationen entscheiden kann, wer die Fähigkeit und Kompetenzen dafür besitzen und anwenden können soll, Teil der politischen und demokratischen Auseinandersetzungen sein müssen** (vgl. Egloff 1996).

## 8.9 Innovation und Arbeit: die innovationsfähige Wissensgesellschaft

In zahlreichen soziologischen Diskussionen über die Tendenz der gegenwärtigen Veränderungen wird die Ablösung der Industriegesellschaft durch die sogenannte Informations- bzw. Wissensgesellschaft konstatiert (vgl. exemplarisch Schmiede (Hg.) 1996, Jessop 2000). Der Übergang zur Wissensgesellschaft beruht dabei auf einer Veränderung der Arbeitsverhältnisse, in denen sogenannte Wissens- oder Informationsarbeiter zur Mehrheit der Arbeitskräfte in modernen Ökonomien werden. Die Informationsarbeit soll

"zum Vorbildtypus der Entwicklung der gesellschaftlichen Arbeit, denn diese Arbeit wird weniger in Befehlshierarchien eingebunden, also autonomer, zudem weniger belastend, stattdessen kreativer, insgesamt humaner sein." (Schmiede 1996: 111)

Als zentraler Aspekt dieser Prozesse erscheint das Reflexiv-werden der Arbeit, die sich dergestalt zum Gegenstand ihrer selbst machen muss. Entgegen der klassischen Entfremdungsannahme entsteht ein höherer Subjektbedarf bei den Beschäftigten (vgl. Baukowitz/Boes 1996: 145), was insbesondere die anzueignenden Qualifikationen betrifft und auf die Internalisierung des Konkurrenz- und Marktdruckes abzielt.

### 8.10 'Tacit skills' - die umfassende Mobilisierung des Wissens

Es dürfte also nun klar sein, dass es neben dem sogenannten kodifizierten Wissen stets einen bestimmten - für die Realisierung von Arbeit permanent notwendigen - Bereich nicht-kodifizierter Fähigkeiten geben muß, welche mit den Begriff 'tacit-skills' umschrieben werden (übersetzt: verschwiegene Fähigkeiten) (vgl. Brandt, 1990, 338). Die Existenz dieser Wissensformen kann als Grundzug des manageriellen Kontrollproblems angesehen werden. Unumgänglich in den realen Prozessen kapitalistischer Produktion, bieten die klassischen manageriellen Konzepte der Arbeitszerlegung und bürokratischen Planung keine adäquaten Zugriff auf diese Wissenspotenziale. Die umfassende Mobilisierung dieser Wissens- und Qualifikationspotenziale wird in der Krise der traditionellen Arbeitsorganisation, in der Phase radikaler Innovationen zum zentralen Ziel managerieller Strategien zur Re-organisation der Produktion, wie auch der wachsenden Bedeutung von Wissenspolitik und Bildung für staatliche Strategien. Die Nutzbarmachung und Förderung solcher Wissensformen wird zum Inhalt innovationsfähiger Politik des Staates in der Wissensgesellschaft, wie auch im Wiener Strategieplan erkennbar wird.

Diese Überlegungen erlauben nun die Frage der Qualifikation mit der oben andiskutierten innovationstheoretischen Konzeption einer 'learning economy' und dem in diesem Kontext vorgestellten Konzept von Wissen zusammenzuführen.

Aus qualifikationstheoretischer Sicht sind drei Dimensionen von 'tacit skills' zu nennen.

"the process of learning by which skills are acquired through experience (and training); the different degrees of awareness which are required to perform certain activities; the collective nature of the labour process and the necessity for cooperative skills (...)" (Marchington, 1992, 155)

'Tacit skills' umfassen also, wie in der dritten Dimension angedeutet wird, insbesondere auch soziale und kommunikative Kompetenzen zur Interaktion mit anderen im Arbeitsprozess.

"Another important kind of tacit knowledge has to do with implicit but shared beliefs and modes of interpretation that make intelligent communication possible." (Lundvall, 1997, 25)

Ohne diese Fähigkeiten wäre keine Produktion aufrechtzuerhalten, sie müssen den ArbeitnehmerInnen auch nicht unbedingt im rationalen oder objektivierbaren (d.h. beliebig vermittelbaren) Sinne bewusst sein (vgl. Lundvall, 1997, 25), was sich ja aus der Grundannahme fundamentaler Kodifikationsschranken notwendigerweise ergibt. Ihre Weitergabe ist daher nur in Prozessen der sozialen Interaktion (Anlernen on-the-job) möglich.

Kodifizierbares Wissen/Qualifikationen und 'tacit skills' sind aber in konkreten Arbeitsprozessen nicht trennscharf zu unterscheiden und existieren nur komplementär.

Gerade der permanente Wandel, welchem die ökonomischen Prozesse unterliegen, stellt eine immanente Kodifizierungsschranke des Wissens dar und erzeugt 'Unsicherheit'.

### 8.11 Widersprüche der Wissensgesellschaft

Folgende positive Dimensionen der Wissensgesellschaft werden häufig in der diesbezüglichen Literatur genannt. Sie verweisen auf die allgemeine Verfügbarkeit des kollektiven Gutes Information und Wissen als Basis für weitreichende Dezentralisierungsstrategien und Partizipation. Demokratisierende Effekte, freiere Individualität und Gleichheit werden also erwartet. Weiters wird die allgemeine Verfügbarkeit von Information durch die Globalisierung der Kommunikation als Grundlage einer möglichen Verringerung internationaler Polarisierung (Nord-Süd-Gefälle) gesehen. Durch die damit verbundene globale Kommunikationskultur und kulturelle Synchronisierung könnten neue Formen der Vergemeinschaftung entstehen, welche der Anonymisierung der sogenannten Massengesellschaft entgegenwirken könnten.

Wie schon in den Anmerkungen zu Reflexivität der Informationsarbeit angedeutet, ist diese Einschätzung von einem zu einseitigen Optimismus geprägt, übersieht sie doch den **Status von Wissen und Information als fiktiver Ware** im neuen technologischen Paradigma.

"Knowledge has always been important economically and especially in the major shifts associated with long waves of technological innovation. What is novel in the current period is the growing application of knowledge to the production of knowledge in developing the forces of production, and the increased importance of knowledge as a fictitious commodity in shaping the social relation of production." (Jessop 2000: 3)

Obwohl eine allgemein hergestellte Ressource, gerät Wissen in eine widersprüchliche Dynamik, welche die skizzierten positiven Erwartungen, die mit der Wissensgesellschaft verbunden werden, zumindest relativiert.

Jessop verweist auf fünf widersprüchliche Elemente von Wissen oder Information als fiktiver Ware und kollektivem Gut.

- Das erste betrifft die 'primitive Akkumulation von Wissen als intellektuelles Eigentumsrecht durch Aneignung und Kapitalisierung des gesellschaftlich produzierten Wissens vergangener Generationen und anderer geografischer Regionen. Dazu gehört auch die Trennung von intellektueller und manueller Arbeit und die Materialisierung ersterer im Aufbau bürokratischer Organisationen, Maschinerien und Managementhandeln (vgl. exemplarisch Littek 1982, Willmott/Knights 1990), sowie die Ausdehnung von Copyright und Patent-Rechten unter Missachtung öffentlicher Interessen.
- Das zweite Element betrifft "the role of 'intellectual technology' in the real subsumption of intellectual as well as manual labor." (Jessop 2000: 7)

- Drittens betrifft das die Fragen, wie weit Wissen verallgemeinert ist und Unternehmen daher keinen Extragewinn aus ihrem Informationsvorsprung mehr erzielen können. Dies erhöht natürlich den Druck auf Unternehmen, Lohnabhängige und Regionen kompetitive Vorteile zu sichern und auszubauen und möglichst alle Wissensressourcen zu mobilisieren.
- Das vierte Element betrifft nach Jessop den 'self-defeating' Charakter jeder Revolution des Wissens "as each new round is prone to ever more rapid devalorisation" (ders.: ebda).

Diese Problemdimensionen wiederum lägen fünftens den feststellbaren Polarisierungs- und Segmentierungstendenzen moderner Gesellschaften zugrunde, da technologische Nachzügler über andere Kostenfaktoren, wie etwa die Lohnkosten oder ökologische schädliche Produktionsprozesse ihre Marktposition im Wettbewerb zu behaupten versuchen.

## 9. Literatur

- Aichholzer, G.; Flecker, J.; Schienstock, G.:** Kurzfassung der Studie: "Betriebliche Innovationsprozesse im Angestelltenbereich, in: **dies.; Balog, A. (Hg.):** Einführung neuer Technologien als sozialer Prozeß, Wien, 1991. S. 5-16
- Amin, A. (Hg.):** Post-Fordism. A reader. Oxford (UK)/Cambridge (USA), 1994
- ders.:** Post-Fordism: Models, Fantasies and Phantoms of Transition, in: **ders. (Hg.):** Post-Fordism. A reader. Oxford (UK)/Cambridge (USA), 1994  
S. 1-39
- ders.; Malmberg, A.:** Competing Structural and Institutional Influences on the Geography of Production in Europe, in: **Amin, A. (Hg.):** Post-Fordism. A reader. Oxford (UK)/Cambridge (USA), 1994, S. 227-248
- Bamber, G. J.; Lansbury, R.D.:** Technological Change, Industrial Relations and Human Resource Management, in: **dies. (Hg.):** New technology: international perspectives on human resources and industrial relations, London/Winchester, Sydney/Wellington, S. 3-37
- Baukrowitz, Andrea:** (1996) Neue Produktionsmethoden mit alten EDV-Konzepten. in: Schmiede, Rudi (Hg.): Virtuelle Arbeitswelten: Arbeit, Produktion und Subjekt in der 'Informationsgesellschaft'. Berlin, 49-78.
- Baukrowitz, Andrea; Boes, Andreas:** (1996) Arbeit in der 'Informationsgesellschaft'. in: Schmiede, Rudi (Hg.): Virtuelle Arbeitswelten: Arbeit, Produktion und Subjekt in der 'Informationsgesellschaft'. Berlin, 129-158
- Bechtle, G.:** Systemische Rationalisierung als neues Paradigma industriesoziologischer Forschung? in: **Beckenbach, N.; van Treeck, W. (Hrsg.):** a.a.O., S. 45-64
- Becker, J.; Novy, A. (1999):** Chancen und Grenzen einer alternativen Kommunalpolitik in Wien. Ein historischer Überblick. In: Kurswechsel 2/99: 5-16
- Bischoff, J.; Detje, R.:** Massengesellschaft und Individualität. Hamburg, 1989
- Boes, Andreas:** (1996) Formierung und Emanzipation. in: Schmiede, Rudi (Hg.): Virtuelle Arbeitswelten: Arbeit, Produktion und Subjekt in der 'Informationsgesellschaft'. Berlin, 159-178.
- Booth, Alison L.; Snower, Dennis J. (ed.):** (1996) Acquiring Skills. Market Failures, Their Symptoms and Policy Responses. Cambridge: Cambridge University Press.
- Boyer, R.:** Technical Change and the theory of 'régulation', in: **Dosi, G. u.a. (Hg.):** Technical Change and Economic Theory, London/New York, 1988, S. 67-94
- Boyer, R.:** Neue Richtungen von Managementpraktiken und Arbeitsorganisation. Allgemeine Prinzipien und Nationale Entwicklungspfade. in: **Demirovic, A.; Krebs, H.P.; Sablowski, T.:** Hegemonie und Staat. Kapitalistische Regulation als Projekt und Prozess, Münster, 1992, S. 55-104
- Boyer, Robert:** (1997) The Variety and Unequal Performance of Real existing Markets: Farewell to Doctor Pangloss? In: **Hollingsworth, Roger; Boyer, Robert (eds.):** Contemporary Capitalism. Cambridge: Cambridge University Press, pp. 55-93.
- BMS f. Arbeit und Soziales. Abteilung für grundsätzliche Angelegenheiten der Frauen (Hrsg.):** Sozial- und wirtschaftswissenschaftliche Aspekte: Frauen im Erwerbsleben (SOFIE), Beiträge der Ringvorlesung zusammengestellt von: **Goldberg, Christine; Kubin, Ingrid; Scheer, Doris; Schmid, Waltraud; Sturn, Dorothea.** Wien, 1993
- Brandt, G.:** Arbeit, Technik und gesellschaftliche Entwicklung: Transformationsprozesse des modernen Kapitalismus; Aufsätze 1971-1987/Gerhard Brandt. Hrsg. von **Daniel Bieber und Wilhelm Schumm.** Frankfurt/Main, 1990
- Ders.:** Fragen der betrieblichen Arbeitsgestaltung im Kontext der technisch-wissenschaftlichen Entwicklung. in: **ders.:** a.a.O., S. 336-346.
- Ders.:** Organisatorische und technologische Innovation in der Industrie und ihre gesellschaftlichen Implikationen (zusammen mit Daniel Bieber und Gerd Möll). in: **ders.:** a.a.O., S. 358-370
- Braverman, Harry:** (1974) Labor and Monopoly Capital. The degradation of work in the Twentieth Century. New York: Monthly Review Press.
- Burawoy, Michael:** (1985) The politics of production: Factory regimes under capitalism and socialism. London: Verso.
- Cavestro, W.:** Automation, new technology and work content. in: **Wood, St.:** a.a.O., S. 219-234
- Coombs, R.:** Technological opportunities and industrial organisation, in: **Dosi, G. u.a. (Hg.):** Technical Change and Economic Theory, London/New York, 1988, S. 295-308
- Cressey, P.; DiMartino, V.:** Technological Participation: Options and Constraints in Human Ressource Management and Industrial Relations, in: **Bamber, G. J.; Lansbury, R.D.:** New technology: international perspectives on human resources and industrial relations, London/Winchester, Sydney/Wellington, S. 135-155
- Demirovic, Alex:** (1987) Nicos Poulantzas. Eine kritische Auseinandersetzung, Hamburg.
- Demirovic, Alex:** (1988) Demokratie, Ökologie, ökologische Demokratie - Demokratievorstellungen und -konzepte der neuen sozialen Bewegungen und der Partei 'Die Grünen'. Sozial-ökologische Arbeitspapiere 27, herausgegeben von Forschungsgruppe Soziale Ökologie Frankfurt am Main.
- ders.:** (1992) Regulation und Hegemonie. Intellektuelle, Wissenspraktiken und Akkumulation. in: Demirovic, Alex; et al: a.a.O., S. 128-157
- ders.; Krebs, Hans-Peter; Sablowski, Thomas (Hg.):** (1992) Hegemonie und Staat. Kapitalistische Regulation als Projekt und Prozeß. Münster.
- ders.:** (1997) Demokratie und Herrschaft. Aspekte kritischer Gesellschaftstheorie, Münster
- Donzelot, Jacques; Meuret, Denis; Miller, Peter; Rose, Nikolas:** (1994) Zur Genealogie der Regulation. Anschlüsse an Michel Foucault. Mainz.
- Dosi, G.:** Technology and conditions of macroeconomic development, in: **Freeman, Ch. (Hg.):** Design, Innovation and Long Cycles in Economic Development, London, 1986. S. 60-77

- Dosi, G.; Freeman, Ch.; Nelson, R.; Silverberg, G.; Soete, L. (Hg.):** Technical Change and Economic Theory, London/New York, 1988
- ders.; Orsenigo, L.:** Coordination and transformation: an overview of structures, behaviours and change in evolutionary environments, in: **ders., u.a. (Hg.):** Technical Change and Economic Theory, London/New York, 1988, S. 13-37
- ders.:** The nature of the innovative process, in: **ders. u.a. (Hg.):** Technical Change and Economic Theory, London/New York, 1988, S. 221-238
- Elam, M.:** Puzzling out the Post-Fordist Debate: Technology, Markets and institutions. in: **Amin, A. (Hg.):** Post-Fordism. A reader. Oxford (UK)/Cambridge (USA), 1994, S. 43-70
- Egloff, Nicolai:** (1996) Postindustrielle Dienstleistungsgesellschaft oder industrielle Arbeitsgesellschaft? in: Schmiede, Rudi (Hg.): Virtuelle Arbeitswelten: Arbeit, Produktion und Subjekt in der 'Informationsgesellschaft'. Berlin, 79-106.
- Fischer, M.; Menschik, G.:** Innovationsaktivitäten in der österreichischen Industrie. Eine empirische Untersuchung des betrieblichen Innovationsverhaltens in ausgewählten Branchen und Raumtypen. Wien, 1994
- Freeman, Ch. (Hg.):** Design, Innovation and Long Cycles in Economic Development, London, 1986
- Freeman, Ch.:** The theory of innovation and evolutionary economics. in: **ders.:** The Economics of Hope, London/New York, 1992, S. 73-141
- Freeman, Ch.; Perez, C.:** Structural crises of adjustment: business cycles and investment behaviour, in: **Dosi, G. u.a. (Hg.):** Technical Change and Economic Theory, London/New York, 1988, S. 38-66
- Frieling, E.; Facaoaru, C.; Benedix, J.; Pfaus, H.; Sonntag, Kh.:** Tätigkeits-Analyse-Inventar. Theorie - Auswertung - Praxis. Handbuch und Verfahren. Institut für Arbeitswissenschaft Universität - Gesamthochschule Kassel, 1993.
- Gaubitsch, R.; Pauli, W.:** Personalrekrutierung: Theoretische Aufarbeitung im Zeichen von Multikontextualität, in: SWS-Rundschau, Wien, 1995/2, S. 151-174
- Giddens, Anthony:** (1988) Die Konstitution der Gesellschaft. Grundzüge einer Theorie der Strukturierung. Frankfurt am Main/New York
- Gramsci, Antonio:** (1991ff) Gefängnishefte. Kritische Gesamtausgabe herausgegeben von Wolfgang F. Haug, Hamburg
- Gross, I.:** Frauenerwerbsarbeit in Österreich: ein Überblick über die heutige Situation. in: **BMS f. Arbeit und Soziales. Abteilung für grundsätzliche Angelegenheiten der Frauen (Hrsg.):** a.a.O.: S. 11-48
- Hall, Tim; Hubbard, Phil:** (1996) The entrepreneurial city: New urban politics, new urban geographies. Progress in Human Geography Volume 20/2, pp. 153-174.
- Hauck, Gerhard:** (1992) Einführung in die Ideologiekritik, Argument Sonderband 209, Hamburg
- Heun, D.:** Problemanalyse und empirische Studie zur Entwicklung einer Ausbildungskonzeption "Steuerungstechnik". Diss., Kassel, 1990.
- Hirsch, J.; Roth, R.:** Das neue Gesicht des Kapitalismus. Vom Fordismus zum Post-Fordismus. Hamburg, 1986
- Hirsch, Joachim:** (1990) Kapitalismus ohne Alternative. Materialistische Gesellschaftstheorie und Möglichkeiten einer sozialistischen Politik heute. Hamburg.
- ders.:** (1995) Der nationale Wettbewerbsstaat. Staat, Demokratie und Politik im globalen Kapitalismus. Berlin/Amsterdam.
- Hirst, P.; Zeitlin, J.:** Flexible specialization versus post-Fordism: theory, evidence and policy implications, in: Economy and Society, Volume 20 Number 1, 1991, London/New York, S. 1-56
- Jenson, J.:** The talents of women, the skills of men: flexible specialization and women. in: **Wood, St.:** a.a.O. S. 141-155
- Jessop, Bob:** (1990a) State Theory. Putting Capitalists States in their Place. Pennsylvania.
- ders.:** (1990b) Regulation Theories in Retrospect and Prospect, in: Economy and Society 19/2, S. 153-216
- ders.:** (1992) Regulation und Politik. in: Demirovic, Alex et al: a.a.O., S. 232-262
- ders.:** (1994): Post-Fordism and the State. in: Ash, Amin: a.a.O. S. 251-279
- ders.:** (1995) Die Zukunft des Nationalstaats: Erosion oder Reorganisation? - Grundsätzliche Überlegungen zu Westeuropa. in: Forschungsgruppe Europäische Gemeinschaften (FEG): Europäische Integration und politische Regulierung - Aspekte, Dimensionen, Perspektiven, Marburg, S. 9-48
- Jessop, Bob:** (1997) A Neo-Gramscian Approach to the Regulation of Urban Regimes: Accumulation Strategies, Hegemonic Projects, and Governance. In: Lauria, Mickey (ed.): Reconstructing urban regime theory: Regulating urban politics in a global economy. Thousand Oaks/London/New Dehli: Sage, pp. 51-73.
- ders.:** (2000) The state and the Contradictions of the Knowledge-Driven Economy. www.
- Jessop, Bob; Peck, Jamie; Tickell, Adam:** (1999) Retooling the machine: Economic crisis, state restructuring, and urban politics. In: Jones, A.E.G.; Wilson, D.: The urban growth machine: Critical perspectives 20 years on. New York, forthcoming.
- Jessop, B.; Sum, N.-L. (2000):** An Entrepreneurial City in Action: Hong Kong's Emerging Strategies in an for (Inter-)Urban Competition, working paper (draft), Department of Sociology, Lancaster University at: [www.comp.lancs.ac.uk/sociology/soc045rj.html](http://www.comp.lancs.ac.uk/sociology/soc045rj.html), 8.8.2000
- Jones, Martin:** (1998) Restructuring the local state: economic governance or social regulation? In: Political Geography, Vol. 17 No. 8 pp. 959-988
- Jones, B.:** When certainty fails: inside the factory of the future. in: **Wood, St.:** a.a.O., S. 44-58
- Kelley, M. R.:** Alternative forms of work organization under programmable automation. in: **Wood, St.:** a.a.O., S. 235-246
- Kern, H.; Schumann, M.:** Das Ende der Arbeitsteilung? Rationalisierung in der industriellen Produktion. München, 1986(3)
- Kubin, I.:** Zur Theorie segmentierter Arbeitsmärkte. in: **BMS f. Arbeit und Soziales:** a.a.O., S. 145-150
- Kurswechsel** Nr. 2/2000: Leitbild Unternehmer, Wien
- Laclau, Ernesto; Mouffe, Chantal:** (1991) Hegemonie und radikale Demokratie - Zur Dekonstruktion des Marxismus; Wien

- Leitner, H.; Sheppard, E.** (1998): Economic Uncertainty, Inter-Urban Competition and the Efficacy of Entrepreneurialism, in: Hall/Hubbard, 285-307
- Lipietz, A.:** Die Beziehung zwischen Kapital und Arbeit am Vorabend des 21. Jahrhunderts, in: **Leviathan**, Nr. 1, 1991, S. 78-101
- ders.:** Akkumulation, Krisen und Auswege aus der Krise: Einige methodische Überlegungen zum Begriff "Regulation". in: **Prokla** 58; Berlin, 1985, S. 109-135
- Lipietz, Alain:** (1998) Nach dem Ende des 'Goldenen Zeitalters'. Regulation und Transformation kapitalistischer Gesellschaft. Herausgegeben von H.P. Krebs, Hamburg.
- Littek, W.; Rammert, W.; Wachtler, G. (Hg.):** Einführung in die Arbeits- und Industriesoziologie. Frankfurt am Main /New York, 1982.
- Lundvall, B.A.; Borras, S.:** The globalising learning economy. Implications for innovation policy, Report based on the preliminary conclusions from several projects under the TSER programme. Commission of the European Union, Draft Version, 1997
- Malsch, T.:** "Neue Produktionskonzepte" zwischen Rationalität und Rationalisierung - Mit Kern und Schumann auf Paradiemensuche; in:
- Malsch, T.; Seltz, R. (Hrsg.):** Die neuen Produktionskonzepte auf dem Prüfstand. Beiträge zur Entwicklung der Industriearbeit. Berlin, 1987.
- Marchington, M.:** Managing Labour Relations in a Competitive Environment, in: **Sturdy, A.; Knights, D.; Willmott, H. (Hg.):** Skill and consent. Contemporary Studies in the Labour Process, London/New York, 1992, S. 149-184
- Meuret, Denis:** (1994) Eine politische Genealogie der politischen Ökonomie. in: Donzelot, Jacques et al: a.a.O., 13-53
- Miller, Peter; Rose, Nikolas:** (1994) Das ökonomische Leben regieren. in: Donzelot, Jacques et al: a.a.O., 54-108.
- Painter, Joe; Goodwin, Mark:** (1995) Local governance and concrete research: investigating the uneven development of regulation. In: *Economy and Society*, Vol. 24, Nr. 3, S. 334-356
- Mückenberger, U.:** Zur Rolle des Normalarbeitsverhältnisses bei der sozialstaatlichen Umverteilung von Risiken. in: Büchtemann, Ch. F.; Neumann, H. (Hrsg.): Mehr Arbeit durch weniger Recht? Chancen und Risiken der Arbeitsmarktflexibilisierung, 1990, Berlin, S. 169-192
- Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung u.a.:** Technologiepolitisches Konzept 1996 der Bundesregierung. Expertenentwurf. Arbeit im Auftrag der Bundesministerien für Wissenschaft, Verkehr und Kunst sowie für wirtschaftliche Angelegenheiten, Wien, 1996.
- Peck, Jamie:** (1996) *Work-Place*. The social regulation of labor markets. New York/London
- Perez, C.:** Structural change and assimilation of new technologies in the economic and social system, in: **Freeman, Ch. (Hg.):** Design, Innovation and Long Cycles in Economic Development, London, 1986, S. 27-47
- Perez, C.; Soete, L.:** Catching up in technology: Entry barriers and windows of opportunity, in: **Dosi, G. u.a. (Hg.):** Technical Change and Economic Theory, London/New York, 1988, S. 458-479
- Porter, M. :** (1990) The competitive advantage of nations, New York
- Porter, M. :** (1995) The competitive advantage of the inner city, in: *Harvard Business Review*, May-June, 55-71
- Ramsauer, Ch.:** Innovationsdynamik. Zeit als kritischer Erfolgsfaktor im Innovationsmanagement, in: *Wirtschaftspolitische Blätter* 5/1997, Wien, S.490-498
- Ratz, K.:** Vor einem sechsten Kondratieff. Aufstieg und Abstieg von Technologien, in: *Wirtschaftspolitische Blätter* 5/1997, Wien, S. 481-489
- Redak, V.:** (2000) The Entrepreneurial City, in : *Kurswechsel* Nr. 2/2000, 85-90
- Rohracher, Harald:** (1999) Zukunftsfähige Technikgestaltung als soziale Innovation. in: Sauer, Dieter; Lang, Christa (Hg.): *Paradoxien der Innovation: Perspektive sozialwissenschaftlicher Innovationsforschung*. Frankfurt am Main/New York, 175-192.
- van Roon, G.:** Cycles, turning phases and societal structures: historical perspective and current problems, in: **Freeman, Ch. (Hg.):** Design, Innovation and Long Cycles in Economic Development, London, 1986, S. 48-59
- Rosen, M.; Baroudi, J.:** Computer-based Technology and the Emergence of new Forms of Managerial Control, in: **Sturdy, A.; Knights, D.; Willmott, H. (Hg.):** Skill and consent. Contemporary Studies in the Labour Process, London/New York, 1992, S. 213-234
- Rosenberg, N.; Frischtak, C.R.:** Technological innovation and long waves, in: **Freeman, Ch. (Hg.):** Design, Innovation and Long Cycles in Economic Development, London, 1986, S. 5-26
- Rodgers, Gerry:** (1989) Precarious work in Western Europe. The state of debate. in: **Rodgers, G.; Rodgers, J. (eds.):** Precarious jobs in labour market regulation. The growth of atypical employment in Western Europe. Brüssel. International Institute for Labour studies. pp. 1-16
- Rubery, J.:** (1989) Precarious forms of work in the UK. in: **Rodgers, G.; Rodgers, J. (eds.):** Precarious jobs in labour market regulation. The growth of atypical employment in Western Europe. Brüssel: International Institute for Labour studies. pp. 49-74
- Rubery, Jill; Grimshaw, Damian:** (1998) Training, Skills and the Changing Production and Employment System. Paper prepared for the WES conference, September 1998.
- Saage, Richard:** (1983) Rückkehr zum starken Staat, Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Sauer, Dieter; Lang, Christa (Hg.):** (1999) *Paradoxien der Innovation: Perspektive sozialwissenschaftlicher Innovationsforschung*. Frankfurt am Main/New York.
- Sauer, Dieter:** (1999) Perspektiven sozialwissenschaftlicher Innovationsforschung - Eine Einleitung. in: Sauer, Dieter; Lang, Christa (Hg.): *Paradoxien der Innovation: Perspektive sozialwissenschaftlicher Innovationsforschung*. Frankfurt am Main/New York, 9-24

- Schlittler, G.M.:** Innovationsbezogene Personalentwicklung. Konzeption im Rahmen handlungstheoretischer Wirtschaftssoziologie. Fallstudie bei der Swissair AG, Nationale Luftfahrtgesellschaft der Schweiz, Bern/Frankfurt a.M./New York/Paris/Wien, 1992
- Schmiede, Rudi (Hg.):** (1996) Virtuelle Arbeitswelten: Arbeit, Produktion und Subjekt in der 'Informationsgesellschaft'. Berlin.
- Schmiede, Rudi:** (1996) Informatisierung, Formalisierung und kapitalistische Produktionsweise. in: ders. (Hg.): Virtuelle Arbeitswelten: Arbeit, Produktion und Subjekt in der 'Informationsgesellschaft'. Berlin, 15-48
- Schmiede, Rudi:** (1996) Informatisierung und gesellschaftliche Arbeit. in: ders. (Hg.): Virtuelle Arbeitswelten: Arbeit, Produktion und Subjekt in der 'Informationsgesellschaft'. Berlin, 107-128.
- Schumann, M.; Baethge-Kinsky, V.; Kuhlmann, M.; Kurz, C.; Neumann, U.:** Der Wandel der Produktionsarbeit im Zugriff neuer Produktionskonzepte. in: **Beckenbach, N.; van**
- Schumpeter, Joseph A.:** (1929) Ökonomie und Psychologie des Unternehmers, Vortrag, Bonn.
- Schumpeter, Joseph A.** (1932 [1912]): Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung, München
- Schumpeter, Joseph A.:** (1952) Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung, Berlin, 5th edition.
- Schumpeter, Joseph A.:** (1987), Beiträge zur Sozialökonomik, Wien/Köln/Graz.
- Meine, Semmer, N.; Schardt, L.P.:** Qualifikation und berufliche Entfaltung bei der Arbeit. in: **Zimmerman, L. (Hg.):** Organisation der Arbeit. Arbeitsteilung - Qualifikation - Schichtarbeit. Reihe: Humane Arbeit -Leitfaden für Arbeitnehmer 4, Frankfurt/Main, 1982. S. 73-150
- Simonis, Georg:** (1999) Die Zukunftsfähigkeit von Innovationen: das Z-Paradox. in: Sauer, Dieter; Lang, Christa (Hg.): Paradoxien der Innovation: Perspektive sozialwissenschaftlicher Innovationsforschung. Frankfurt am Main/New York, 149-174.
- Sturdy, A.; Knights, D.; Willmott, H. (Hg.):** Skill and consent. Contemporary Studies in the Labour Process, London/New York, 1992
- dies.:** Introduction: Skill and Consent in the Labour Process, in: **dies. (Hg.):** a.a.O., S. 1-25
- Teece, D.:** Technological change and the nature of the firm, in: **Dosi, G. u.a. (Hg.):** Technical Change and Economic Theory, London/New York, 1988, S. 256-281
- Tomaney, J.:** A new Paradigm of Work Organization and Technology?, in: **Amin, A. (Hg.):** Post-Fordism. A reader. Oxford (UK)/Cambridge (USA), 1994, S. 157-194
- Trecek, W. (Hrsg.):** Umbrüche gesellschaftlicher Arbeit. (Soziale Welt: Sonderband 9), Göttingen, 1994, S. 11-44
- Welsch, Johann:** (2000) Globalisierung, neue Technologien und regionale Qualifizierungs politik. Welche Regionen sind die 'Gewinner' der Informationsgesellschaft. Marburg.
- Willinger, M.; Luscovitch E.:** Towards the economics of information-intensive production systems: the case of advanced materials. in: **Dosi, G. u.a. (Hg.):** Technical Change and Economic Theory, London/New York, 1988, S. 239-255
- Wood, St.(Hrsg.):** The transformation of work?: skill, flexibility and the labour process. London, 1989
- Wood, St.:** The transformation of work?, in: **ders.(Hrsg.):** a.a.O., London, 1989, S. 1-43
- Yeung, Henri Wai-Cheung:** (1994) Critical reviews of geographical perspectives on business organizations and the organization of production: towards a network approach. In: Progress in Human Geography 18/4, pp. 460-490.
- Zimmermann, L. (Hg.):** Organisation der Arbeit: Arbeitsteilung - Qualifikation - Schichtarbeit. Reihe: Humane Arbeit - Leitfaden für Arbeitnehmer 4, Frankfurt/Main, 1982

#### Verwendete Webseiten:

- <http://www.oevp-wien.at>  
<http://www.magwien.gv.at>  
<http://www.adis.at/wien/dt/frame.htm>  
<http://www.tech-gate-vienna.at/vr-center/>  
[http://www.waff.at/waff/htm/index\\_ie.htm](http://www.waff.at/waff/htm/index_ie.htm)  
<http://www.wvff.gv.at/>

#### INTERVIEWPARTNER:

Noch zu ergänzen